

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

124 (30.5.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556264](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556264)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Klimentstraße 24. Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Welt bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfzeilige Kopfzeile oder deren Raum für die Inserenten in Klüppel-Druck, 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Klüppel-Druck aus kleinerer als der gewöhnliche Schrift, so werden sie auch nach ersterem berechnet. Kleinanzeigen 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Küstringen, Dienstag den 30. Mai 1911.

Nr. 124.

Der Wetterwinkel im Orient.

H. E. Daß der Frühling mit seinen Blüten und Tüften ein Binger neuer Lebensfreude und neuer Hoffnungen für die leidende Menschheit sei, ist ein schöner, aber trüger Traum der Poesen, und daran mag sich immerhin ergötzen, wer Lust hat. In der politischen Welt des in Waffen stehenden und unter der Last seiner eiserne Rüstung lachenden alten Europa spielt der Frühling eine andere Rolle. Seine lindern Lüfte führen am Balkan die Schneefelder herbei und bald prangen die Täler dieses gewaltigen Gebirgsstocks in der ägäischen Provinz ihrer Kloten. Aber wo die Natur am schönsten, sind oft die menschlichen Hände am häßlichsten; mit den Waffen des Balkan blühen auch seit regelmäßig die Balkanmächte wieder auf, und es steigen so drohende Wolken empor, daß sie den ganzen politischen Horizont Europas verdüstern. Auch in diesem Frühjahr ist es am Balkan unruhig, und die neue Türkei, die noch nicht mit dem Zustand in Arabien fertig geworden ist, mußte wieder ihre bedeutendsten Generale mit ansehnlichen Streitkräften nach Albanien senden, wo wieder ein großer Teil der Bevölkerung sich im Aufstand befindet und wo das Schwert und Gewehrfeuer durch die Täler hallt, deren Grün nicht nur von dem Schein blühender Kloten, sondern auch von Menschenblut gerötet wird.

Die Ursache dieser Kämpfe zwischen den Albanern und der alten und neuen Zentralgewalt am Goldenen Horn sind schon tausendmal erörtert worden. Die Albaner sind den Kampf gewohnt; von den Zeiten ihres Katalahelden Standesberg bis heute haben sie nie ganz unterworfen werden können, und wie sie dem Sultan-Despotismus durch Jahrhunderte getrotzt, so trotzen sie jetzt auch dem Komitee für Einheit und Fortschritt, das nach vergeblichen Reformversuchen auch vergebens seine Kanonen und Bajonette gegen sie in Bewegung gesetzt hat. Man hat die Rückständigkeit beklagt, die sich mit dem modernen werdenden türkischen Staate von heute nicht verträgt; man hat der Rücksichtslosigkeit und Brutalität der türkischen Behörden, sowie den nationalen und religiösen Händeln viel Schuld an den unaufhörlichen Unruhen beigemessen, und gewiß nicht mit Unrecht; man hat die wirtschaftlichen Zustände des Landes und die überlebten Volksgewohnheiten in Betracht gezogen, und doch nicht dies alles nicht aus, um die endlosen Kämpfe in ihren Ursachen vollständig zu erklären. Mit dem Schwere, daß die Albaner reaktionäre Elemente seien, ist gar nichts gesagt. Denn die Albaner in der Arme haben sich mit großem Eifer an dem Sturz des alten Sultan-Despotismus beteiligt, während die Aufstände immer wesentlich von der „Jubelbewegung“ ausgehen, die in den heimatischen Distrikten angefaßt ist.

Da müssen noch andere bewegende Faktoren vorhanden sein. Man weiß, daß in Italien eine starke Strömung besteht, welche Albanien als einen natürlichen Bestandteil des italienischen Reiches betrachtet. Wertwüthigerweise hat „das Schwert Italiens“, der alte Garibaldi, auch dieser Ansicht Geltung gegeben, die an die Zeiten des alten römischen Kaiserreiches anknüpft. Sein jüngerer Sohn Ricciotti, der immer mehr zur Kavallerie des Allen wird, ging unlangst mit dem Plan um, den Albanern mit einer Freischar zu Hilfe zu kommen. Die Regierung hat diesen Freischarenzucht verboten. Ob es ihr damit mehr Ernst ist, als mit dem Verbot des Zuges der Tausend von Marjala nach Skjitten, läßt sich schwer ermeslen.

Wie weit diese Dinge und die albanischen Aufstände nicht „berechtigt“ sind, wollen wir nicht weiter erörtern. Will man den Albanern das Recht zugestehen, sich des türkischen Druckes mit Waffengewalt zu erwehren, so darf man nicht vergessen, daß die neue Türkei mit all ihren Reformen und Sparten seit dem doch einen gewaltigen Fortschritt im Interesse der gesamten Kulturwelt bedeutet, von dem wir unendlich bedauern müßten, wenn es rückgängig gemacht würde. Die letztere Gefahr aber wird durch die albanischen Aufstände gefördert. Hier hat eine reaktionäre Macht die Hand im Spiel, in deren Interesse die Albaner bewußt oder unbewußt tätig sind.

Wir brauchen nicht näher darauf hinzuweisen, daß Rußland bei so vielen Aufständen der Balkanländer die Hand im Spiele gehabt hat. Schon 1875 bedankten sich die Insurgenten in Bosnien und der Herzegowina für „Geld und Wegweiser“, die sie von Rußland empfangen, öffentlich. Die russischen Untertanen, die in Serbien und Bulgarien, oft mit den vornehmlichsten Mitteln, angezettelt worden, sind nun den russischen eine Zeit lang, als die russische Eroberungspolitik, welcher Konstantinopel eine sichere Stütze seien, sich auf Ostien warf. Nach der Niederlage im Osten sollte diese Politik wieder gegen den Westen gerichtet werden. Da aber erstand die neue Türkei als innerlich geträufelter

konstitutioneller Staat nach dem von Midhat Pascha geschaffenen Muster. Das war ein schwerer Schlag für die russische Diplomatie, die großend erklärte, sie werde das neue Staatswesen beobachten und eventuell entsprechende Maßregeln treffen.

Diese „Maßregeln“ bestehen in der unaufhörlichen Verurteilung des Balkangebotes, und zwar ganz in der hergebrachten Art.

Montenegro ist befallmäßig ein russischer Vorposten. Alexander III. nannte den „König“ Nikita seinen einzigen Freund. Als jüngst in Albanien die Unruhen ausbrachen, wurden sie offensichtlich von Montenegro unterstützt; man sprach von Geld, das „eine unbekante Macht“ beschafft habe, und es sollten montenegrinische Offiziere bei den Aufständischen sein. Auch in Montenegro wurden Truppen aufgebracht und nahmen eine drohende Haltung ein. Auf die Vorstellungen der Mächte wurden diese Truppen zurückgezogen. Die Kämpfe mit den Albanern dauern fort. Und jetzt kommt mit einem Male die Nachricht von einer sehr anmaßlichen Note, die der russische Botschafter in Konstantinopel überreicht hat. Nach dieser Note ist durch die türkischen Truppen, die gegen die von Montenegro und Rußland zum Aufstand getriebenen Albanen kämpfen und die unermesslich in die Nähe der montenegrinischen Grenze kommen müssen, eine ernste Gefahr für den Frieden hervorgerufen worden, „weil der geringste Zwischenfall einen Grenzkonflikt hervorrufen kann, dessen Folgen zurecht schwer zu übersehen sein würden.“ In Montenegro werden wieder Truppen „zum Schutze der Grenze“, die von den türkischen Truppen gar nicht bedroht ist, aufgestellt. Und daraufhin verlangt die russische Regierung, daß die türkische Regierung „unverzüglich und kategorisch“ ihre durchaus friedlichen Gesinnungen gegen Montenegro erkläre. Die russische Regierung werde alsdann auch den Montenegrinern „Ruhe und Mäßigung“ empfehlen.

Diese Note hat ersichtlich den Zweck, den türkischen Nationalstolz zu reizen und damit die Gefahren der Situation zu steigern. Man kann jetzt sehen, wo die „unbekante Macht“ ist, welche die Aufständischen in Albanien unterstützt hat. Es ist das alte albanische Spiel der russischen Politik. Neu ist dabei die geradezu unerhörte Trivolität, mit der die Geduld der Türkei auf eine so äußerst harte Probe gestellt wird.

So schafft man im Handumdrehen eine Kriegsgefahr. Diese heillose Tätigkeit wird aus der russischen Politik nicht eher ausgeschieden werden können, bis die schimmernde Revolution in Rußland wieder erwacht und einer solchen Diplomatie für immer den Abchied gibt. Die alten Mächte sind unfähig, dieses Treiben zu verhindern. Hoffen wir, daß es dazu beiträgt, die Revolution wieder nachzurufen.

Politische Rundschau.

Küstringen, 29. Mai.

Der Abschluß der Reichsversicherungsordnung.

Die ablehnende Haltung, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Reichsversicherungsordnung gegenüber einnimmt, fällt nach den Ereignissen der allerjüngsten Zeit besonders schwer ins Gewicht. Wie kommt es denn, so muß sich alle Welt fragen, daß die Partei, die selbst ein Mann wie Graf v. Posadowsky als die eigentliche Arbeiterpartei bezeichnete, ihre Zustimmung einem Gesetze verweigert, das nach den Beteuerungen der Regierung und der rechtsstehenden Parteien gerade den Interessen der Arbeiterschaft zu dienen bestimmt sein soll? Die Antwort auf diese Frage würde den Gegnern viel leichter fallen, wenn sie sich hinter die bequeme Ausrede verziehen könnten, die Sozialdemokratie sei nun einmal die Partei der „den Verneinung“, „positive Arbeit“ sei in Gemeinschaft mit ihr nicht zu leisten, und darum sei es notwendig gewesen, die Versicherungsordnung ohne sie und gegen sie zustande zu bringen. Nachdem aber die Sozialdemokratie in den letzten Tagen zweimal, beim Feuerbestattungsgebot im preussischen Abgeordnetenhaus und bei der eilich-lothringischen Verfassungsvorlage im Reichstag, wichtigen Gelegenheiten durch ihre Stimmen zur Annahme verholfen hat, fällt die schablonenhafte Ausrede der Gegner flach zu Boden. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags stimmt bei der Schlüsselabstimmung über die Versicherungsordnung mit Nein, nicht weil sie, wie ihre Gegner sonst läghast behaupten, immer mit Nein stimmt, sondern weil sie gerade als Arbeiterpartei dem Pflichtwert der bürgerlichen Parteien nicht zuliegen kann, ohne Arbeiterinteressen zu verletzen und sich selber ins Gesicht zu schlagen.

Wäre es die Absicht der Nationalliberalen und des Zentrums gewesen, ein Gesetz zustande zu bringen, das den

Wünschen und Interessen der Arbeiterklasse einigermaßen entgegenkommt, so hätte es die Sozialdemokratie bei der Reichsversicherungsordnung an „positiver Mitarbeit“ ebenso wenig fehlen lassen, wie bei dem preussischen Feuerbestattungsgebot und der Verfassung für Elsaß-Lothringen. Auch wenn dabei nicht alles in Erfüllung gegangen wäre, was die Arbeiterschaft an Wünschen auf dem Herzen trägt, wenn es auch nur eine annehmbare „Abschlagszahlung“ gegeben hätte, hätte es die Sozialdemokratie an ihrer Zustimmung zum Schluß wohl nicht fehlen lassen. Die Reichstagsfraktion hat sich denn auch unaufhörlich bemüht, die Vorlage mit Verbesserungen zu versehen, um sie für die Arbeiterklasse wenigstens einigermaßen annehmbar zu machen. Sie hat sich keineswegs mit der sogenannten „unfruchtbarsten Arbeit“ genügen lassen, sondern sie hat eine ganz gewaltige Menge von Gedankenarbeit geleistet, um auf Schritt und Tritt zu zeigen, wie es besser gemacht werden könnte. Aber nur in seltenen Ausnahmefällen erwies sich die Reichstagsfraktion den sozialdemokratischen Anregungen zugänglich, im allgemeinen blieb sie bei ihrer Taktik: abzulehnen, abzulehnen und wieder abzulehnen, was immer von Seiten der Arbeitervertreter in Vorschlag gebracht wurde. Man kann ohne weiteres zugeben, daß den beiden Mittelparteien, Zentrum und Nationalliberalen, in den letzten Stadien der Beratung nichts anderes übrig blieb, als die Verbesserungsvorschläge niderzulegen, so klar auch ihre Zweckmäßigkeit und Billigkeit zutage lag. Aber in dieser Zwangslage, mit der sie alle ihre arbeitserfindlichen Beschlüsse rechtfertigen zu können glaubten, hatten sich die Mittelparteien freiwillig begeben, da sie es vorzogen, die Reichsversicherung zusammen mit Junkern und Scharfmachern Gals über Kopf fertig zu stellen, statt aber ihre zweckmäßige Ausgestaltung im Interesse der Arbeiter mit deren parlamentarischen Vertretern sachlich zu beraten. Nachdem dieser erste Schritt geschehen, folgte freilich einer notwendig aus dem andern — aber der famose christliche „Arbeitersekt“ Beder-Weinberg hätte den christlichen Arbeiterorganisationen die Schmach seines verräterischen Treibens sparen können, hätte er sich nicht von Anfang an freiwillig zum Kommiss des Scharfmachertums hergegeben.

Das Zentrum hat ja angekündigt, daß es in demnächst erscheinenden Flugblättern sein Verhalten vor den christlichen Arbeitern rechtfertigen werde. Einstweilen möchten wir zur Ehre der Arbeiter annehmen, daß sie in dieser durchsichtig klaren Situation die plumpen Täuschungsmanöver der schwarzen Herren endlich doch durchschauen werden. Sie werden sich schwerlich einreden lassen, daß ein im Interesse der Arbeiter zu erlassendes Gesetz durch die Mitarbeit der Oldenburg, Camp und Weimar besser wird als durch die Mitarbeit von Bebel und Hud. Das aber die sozialdemokratische Fraktion zur Mitarbeit bereit war und daß man sie von der Mitarbeit künstlich abgehalten und zurückgestoßen hat, ist eine geschichtliche Tatsache, die sich nicht aus der Welt schaffen läßt.

Der Abschluß der Reichsversicherungsordnung wird auf diese Weise zu einem Akt der Klagen- und Enttäuschung gegen die Arbeiter. Das Gesetz, wie es sich in der dritten Lesung präsentiert, ist für die Sozialdemokratie unannehmbar, weil es als Ganzes für die Arbeiterklasse unbrauchbar ist. Sofort nach seinem Inkrafttreten wird die Arbeit für seine Reformierung wieder aufgenommen werden müssen, und es steht jetzt schon fest, daß die künftige Sozialversicherung, die von dem Willen der Arbeiterklasse diktiert werden wird, den umgekehrten Weg gehen wird, den die Reform von 1911 gegangen ist. Es wird die Selbstverwaltung wiederherstellen und über ihren bisherigen Umfang hinaus erweitern, den Landarbeitern die ihnen vorerhaltenen Rechte geben, die Leistungen erhöhen, für Witwen, Invaliden, Waisen, Witwen und Waisen wirklich sorgen, statt sie mit elenden Almosen abzuspülen. Sie wird schließlich an dem großen Problem der Arbeitslosenversicherung nicht vorbeigehen dürfen.

Daß zu einem derartigen Ausbau der Sozialversicherung Geld, viel Geld notwendig ist, wird niemand in Abrede stellen. Aber niemand auch, der von volkswirtschaftlichen Dingen auch nur eine laie Ahnung hat, wird zu bestreiten wagen, daß die Angaben, die gemacht werden, um Elend und Verfall in der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren, produktive Ausgaben im besten Sinne des Wortes sind. Auch sind die großen Steuerquellen der Arbeiterschaft direkter Linie, der großen Einkommen und Vermögen dem Reiche nicht erschlossen und an den unproduktiven Ausgaben für Rüstungen lassen sich durch Verstaatlichung mit den anderen Großmächten ungeheure Summen sparen. An Reichszuschüssen für eine ordentliche Sozialversicherung braucht es also nicht zu fehlen, wenn nur erst der gute Wille da ist, sie zu beschaffen.

Die Sozialdemokratie bestreut sich nicht darauf, zu

der eben vollendeten schlechten Reichsversicherungsordnung ein lautes und vernünftiges Nein zu sagen, sondern sie wird fortarbeiten — trotz aller Widerstände der bürgerlichen Parteien — postulo zu arbeiten, um endlich ein System der Sozialversicherung zustande zu bringen, das den Wünschen der Arbeiterklasse genügt und ihren wirklichen Interessen entspricht!

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus kam es am Sonnabend zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Sozialdemokratie und der konservativ-liberalen Mehrheit. Den Anlaß bot die Beratung der Petition des Landesvereins für das Frauenstimmrecht um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen direkten Wahlrechts für beide Geschlechter. Im Gegensatz zu der Kommission, die Uebergang zur Tagesordnung beantragte, forderten unsere Genossen, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. In der Begründung griff Genosse Reinert die ganze Wahlrechtsfrage auf und schärfte besonders das verächtliche Verhalten des Zentrums. Dies gab einem Zentrumsvorredner Anlaß zu einer von Unwahrheiten strotzenden Rede gegen die Sozialdemokratie. Es kam zu heftigen Szenen, die den Präsidenten wiederholt zum Einschreiten veranlaßten. Das Ergebnis war Erledigung der Petition durch Uebergang zur Tagesordnung.

Das gleiche Schicksal hatte eine Petition über die Zulassung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion. Auch für sie forderten unsere Genossen Ueberweisung zur Berücksichtigung, doch wurde ihr Antrag, den Genosse Hirsch begründete, von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Endlich nahm das Haus noch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einen konservativen Antrag auf Bekämpfung des Unmutterhelfen-Lnwesens an. Für die Sozialdemokraten sprachen die Genossen Dieblich und Hoffmann dagegen, weil es ausichtslos ist, soziale Mißstände mit Hilfe der Polizei beseitigen zu wollen.

Heute Montag liegen kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Berlin, 29. Mai. Am Sonnabend stimmte der Bundesrat den vom Reichstag angenommenen Entwürfen eines Wahlgesetzes und eines Gesetzes über den Patentausführungszwang zu.

Die Handelsvertragskommission erteilte mit 11 gegen 5 Stimmen dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag ihre Zustimmung und gab der Regierung Vollmacht zur Erneuerung des zum 16. Juli 1911 von Japan geschlossenen Handelsabkommens.

Laßnagelste Amtszurückämpfung. Ueber die Vorgänge die zur Annahme der elsch-lothringischen Verfassung führten, jamnert die alte „Kreuzzeitung“ herzbredend. Sie schreibt:

Die Zurücklegung der sozialdemokratischen Fraktion zu Kompromißverhandlungen über ein Verfassungswerk ist ein Novum, das außerordentlich bedenklich ist und sehr folgenschwer werden kann. Man denke, die Vertreter einer revolutionären Partei, die erst vor kurzem ausdrücklich die Forderung der Republik erhoben hat, werden zur Teilnahme an Verhandlungen eingeladen, in denen die reichslandliche Verfassung beraten wurde und an denen Regierungsvertreter sich beteiligten. Und um den „Genossen“ diese Verfassungsfrage mündgerecht zu machen, gestaltete man sie derartig, daß sogar Bebel als ihr Fürsprecher im Plenum aufzutreten sich veranlaßt fühlte. . . Was soll man im Volke von einem solchen Vorgehen denken, wie soll noch ein erfolgreicher Kampf gegen die Sozialrevolutionäre geführt werden, wenn man sie im Reichstag umwirbt, um ein Verfassungsgeheiß durchzubrüden? Und wenn Regierungsvertreter mit ihnen gemeinsam beraten, um einen Modus für ihr „positives Mitwirken“ zu finden, das ja im Grunde genommen immer nur darauf ausgeht, die Grundlogik eines unlesens monarchischen Staatswesens zu untergraben, was soll dabei für die Staatsverwaltung herauskommen?

Der Schmerz der „Kreuzzeitung“ ist nur zu verständlich. Sie und ihre Leute können sich einen Kampf gegen die Sozialdemokratie, der nicht aus schmerzigen Verleumdungen und schändlichen Polzeimaßregeln besteht, nicht vorstellen. Wenn aber Herr v. Bethmann-Hollweg die Absicht haben sollte, in der Sozialistenbekämpfung nach konservativer Scharfmachermethode weiter fortzufahren, so würde sein Verhalten in der elsässischen Verfassungsfrage allerdings zu einer gefährlichen Waffe gegen ihn selber werden. Denn damit hat ja die „Kreuzzeitung“ Recht: nach allem, was geschehen ist, ist die bisher üblich gewesene Amtszurückämpfung lohnenswert. Die Regierung kann zu ihr nicht zurückkehren, ohne sich in den Augen aller Welt lächerlich und verächtlich zu machen.

Wahlrechtsamt. In einem Artikel „Nach der Schlacht“ führt der „Reichsbote“ aus Anlaß der Erledigung der reichslandischen Verfassungsreform u. a. aus: „Trotz alledem haben deutsche Staatsmänner in mehreren Einzelstaaten schon mit dem demokratischen Feuer lehr freimütig gespielt, und jetzt glauben auch preussische Minister nichts besseres tun zu können, als daß sie ihrem neuen Partikularstaat in dem Wahlsystem zu seinem einflussreichsten Repräsentationskörper auch noch ein hyperdemokratisches Gepräge aufzubringen. Das ist geradezu unlosbar. Die politische Vernunft drängt von Tage zu Tage immer gebieterischer zu willkürlichen Gegenmitteln gegen das vom Reichswahlgesetz dem Reichsorganismus bereits angeführte Gift.“

Der „Reichsbote“ behauptet, sein patriotisches Herz und seine Sorge um das Wohl des Vaterlandes zwingen ihn zu solchen Behauptungen!

Das „Reichsverbrechungsgeheß.“ Die „Germania“ klagt, leider hätten die ohne Entschuldigend schließenden Mitglieder des Zentrums und der polnischen Fraktion — die

selbstverständlich von der „Germania“ namentlich angeführt werden — das Zustandekommen des „Reichsverbrechungsgeheßes“ verschuldet. Wären nur noch zwei Zentrumsmislinge oder zwei Polen mehr zur Stelle gewesen, so würde die Vorlage gefallen sein, da Stimmengleichheit der Ablehnung gleich gilt. So gestaltet sich dieser Auszug aus den Abstimmungslisten, den wir hier auf vielseitigen Wunsch veröffentlicht, zu einer schweren Anklage gegen die Abgeordneten, die ohne Entschuldigend schließten. Es wird daher . . . nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der katholischen Wähler sein, von den Abgeordneten Aufklärung über ihr Verhalten bei der Abstimmung über das Reichsverbrechungsgeheß zu fordern.“

Der Deutsche Flottenverein tagte am Sonntag in Nürnberg. Nach den üblichen Hochs, Jubelungstelegrammen und Begrüßungen hielt der Präsident Großadmiral v. Roeder eine Rede über die deutsche Seestreitkräfte und legte schließlich folgenden Beschluß der Versammlung vor, der ohne Debatte einstimmig angenommen wurde. „Der Deutsche Flottenverein hält es für unvereinbar mit der durch das Flottengesetz vom 14. Juni 1900 und die Novelle vom 1906 und 1908 angeordnete Sicherung der deutschen Seestreitkräfte, daß die ungenutzten Kreuzer der Hertha-Klasse, die überdies durch ihre Umwandlung zu Schulschiffen ihrer Zweckbestimmung entzogen wurden, sowie der gänzlich veraltete Kreuzer Kaiserin Augusta auf den Bestand der gefeßlich vorgehoben zwanzig großen Kreuzer angerechnet werden. Der Deutsche Flottenverein tritt dafür ein, daß vom Jahre 1912 an als Ersatz für diese Schiffe jährlich ein großer Kreuzer mehr gebaut werde, als in dem Bauprogramm von 1908 vorgesehen, damit möglichst bald dem dringenden Bedürfnis der heimischen Seeschiffahrt und des Auslandsdienstes an großen Kreuzern genügt werde.“ — Das klingt nicht wie Kritik!

Scharfmacher-Kommando. Aus dem Jahresbericht des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Jochen über das Jahr 1910 zitiert die Scharfmacher „Post“ u. a. folgende Ausführungen über die Knappheitswahlen, die am 17. September 1910 stattfanden, und wie die „Post“ sagt, zu einem gewaltigen Sieg des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes führten: „Ueber die Wirkungen dieses neuen Erfolges des alten Verbandes kann man sich nicht im unklaren sein: Der Einfluß, die Machtverteilung der Sozialdemokratie wird in noch rascherem Tempo als bisher voranzukommen. . . Wir geben dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, die ungenutzbaren Erfolge des alten Verbandes möchten für alle nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stehende, insbesondere für die Regierung und die gesellschaftlichen Körperschaften eine ernste Mahnung bilden, gegenüber dem wenn auch noch so starken Drängen der Sozialdemokratie und der ihr nabehelenden Kreise nach weiteren sozialen Reformen mehr als bisher ein größeres Maß sachlicher Prüfung über deren Notwendigkeit wahren zu lassen.“ — Scharfmacher halten prinzipiell alle sozialen Reformen für durchaus nicht notwendig!

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist am Sonnabend als deutsche Abteilung der 1910 in Paris gegründeten Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit errichtet worden. Den Vorsitz führt Dr. Freund, der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise und Vizepräsident der Internationalen Vereinigung. Als Zweck der neuen Gesellschaft formuliert der § 3 der Satzungen: Das Problem der Arbeitslosigkeit und die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu untersuchen, entsprechende Materialien zu sammeln und die einschlägigen Fragen in Verfammlungen zu erörtern. Satzungsgemäß soll die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Verbande Deutscher Arbeitsnachweise in enge Verbindung treten. Die Büros beider Organisationen sollen mit einander vereinigt und öffentliche Versammlungen gemeinschaftlich abgehalten werden.

Ein Urteil, das jedenfalls manches Kopfschütteln erregen wird. Wegen Verleumdung durch die Presse ist am 24. Januar vom Landgericht Breslau der Redakteur des „Volkswacht“, Gustav Wolff, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll nach der Feststellung des Gerichts durch einen Artikel „Auf des Meßers Schneide“ diejenigen Breslauer Richter beleidigt haben, die seinen Kollegen Albert mehrmals zu Gefängnis verurteilt haben. In dem Artikel wird an den sozialdemokratischen Wahltag in Frankfurt a. d. O. angeknüpft und gesagt, die Siege der Partei veranlassen eine Reaktion; die harten Verurteilungen zeigen, daß die Gegenpartei sich wehre. Dann heißt es noch in dem Artikel, daß jene „Urteile die in vorerster Reihe kämpfenden Genossen auf Jahre der Freiheit entziehen wollen.“ Damit ist nach Ansicht des Gerichts gesagt, daß die Verurteilungen nicht erfolglos, um Straftaten zu sühnen, sondern Sozialdemokraten unschädlich zu machen, was den Vorwurf der Rechtsbeugung enthalte und die Behauptung, daß das Gericht die Rechtsprechung in den Dienst der Politik stelle. Der Schuß des § 193 ist dem Angeklagten grundsätzlich zugerechnet worden, da er als möglich gewandigen konnte, daß die Verleumdung einer viermonatigen Strafe durch Albert stehend auf die Reaktionsleistung einwirken werde. Der Angeklagte habe ein erhebliches eigenes Interesse vertreten, da er fürchten mußte, derjenige zu sein, der bei Verweigerung der Redaktion oder der Mitarbeiter bestrafte werde. Er mußte aber, sagt das Urteil, trotzdem verurteilt werden, weil in dem Artikel mit Absicht beleidigende Worte gewählt worden sind. — Die Revision des Angeklagten rügt Verletzung des § 193, sofern Form und Inhalt verwehrt seien. Der Reichsanwalt gab dies für einen Teil der Urteilsbegründung zu, beantragte aber doch Verwerfung der Revision, denn der Satz des inkriminierten Artikels, „daß die Räte der Empörung den Arbeitern ins Gesicht speigen müßte“, sei wirklich beleidigend in der Form. — Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet. Allerdings habe das Landgericht teilweise Form und Inhalt verwehrt, aber dieser Rechtsirrtum sei ohne Einfluß auf das Urteil. Ueberdies müßte ausgesprochen werden, daß der generelle Schuß des § 193 dem Angeklagten zu

unrecht zugewilligt worden sei; denn das Interesse, welches die Provinzialen als berechtigt angesehen habe, verstoße gegen das Recht und die guten Sitten und könne als berechtigt nicht anerkannt werden.

Frankreich.

Bevölkerungszustand. Nach der im Amtsblatt veröffentlichten Statistik hatte Frankreich im Jahre 1910 774358 Geburten und 703777 Todesfälle, wobei der Ueberschuß der Geburten 70581 beträgt. Im Jahre 1909 betrug dieser Ueberschuß nur 13424.

Rußland.

Nicht gut spekuliert. Die russische Regierung steht mit ihrer Note an die Worte wegen der albanesischen Unruhen allein da, und der Chef des russischen Pechbüros in Petersburg erklärt sehr plöcklich, das Communiqué bedeute weder eine Drohung noch ein Ultimatum; es enthalte nur den allgemeinen Gesamtgang, in dessen Grenzen Reichsminister Tscharynow der Pforte eine mündliche Mitteilung machte. Dieses ist in freundschaftlicher Weise unter Hinweis auf die Friedensliebe der türkischen Regierung erfolgt.

Der wahre Grund für diese plöckliche Äußerung liegt in der Ablage, die sich Rußland bei seinem Vorgehen von den Mächten geholt hat.

Der russische Anglistall. Seit Jahren ist eine Kontrollkommission des russischen Senates damit beschäftigt, die von Offizieren und Beamten während des russisch-japanischen Krieges begangenen Unterschleife festzustellen. Jetzt liegt ein Bericht der Kommission vor, wonach die wichtigsten Verbrechen mehr als 12 Millionen Rubel betragen. Wie die Kommission erklärt, ist die wirkliche Summe der unterschlagenen Gelder erheblich größer; genau aber wird sie sich nie feststellen lassen. Eine große Zahl Offiziere und Beamte ist durch die Untersuchung bloßgestellt worden.

Vorrußland.

Die Gerüchte über eine Revolution und eine bevorstehende Gegenrevolution nehmen immer größeren Umfang an, trotz der Versicherung der Regierung, daß keine militärische Verhaftung besteht. Undauernd werden im ganzen Lande Verhaftungen von Zivilisten und Militärs vorgenommen. Nachsaher abermals vorläufig für den schwachen Costa das Vorkesseln der Justiz. Die Kammer sollen am 19. Juni eröffnet werden. Alle verhafteten Kriegsschiffe sind nach dem Norden des Landes gelangt.

Türkei.

Ein Kampf zwischen türkischen und bulgarischen Grenztruppen. Aus Kütahia wird gemeldet: Sonnabend nachmittag kam es in der Nähe des Grenzpostens Dörebaz zu einem Gefecht zwischen bulgarischen und türkischen Grenztruppen. Hierbei wurde ein türkischer Offizier und zwei Soldaten erschossen; auf bulgarischer Seite wurde ein Soldat verwundet. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht aufgeklärt. Angeblich sollen die Türken auf bulgarischen Gebiet eine Schanze gegraben haben und dabei von bulgarischen Soldaten gestört worden sein. Der Vorfall erregt großes Aufsehen.

Mexiko.

Die Flucht des Despoten. Der bisherige Präsident Diaz ist heimlich nach Veracruz abgereist. Die Reise wurde mit allen Vorkehrungen abgeleitet. Es wurden drei Züge benutzt. Diaz Frau und Sohn reisten mit dem zweiten Zuge, der dritte führte eine Abteilung Soldaten mit sich. Die Abfahrtszeit wurde nicht bekanntgegeben, da man befürchtete, Ausfühler könnten die Flucht Diaz verhindern und ihn tatsächlich mißhandeln. Diaz hat sich an Bord des Dampfers „Ypiranga“ begeben, der Donnerstag von Veracruz nach Europa abgeht.

Ein Telegramm aus Veracruz meldet, daß die Bundesstruppen von einer Schar von 700 Rebellen bei Tepicbunko in ein Gefecht verwickelt wurden, als sie Diaz hierher begleiteten. Nach heftigem Kampf gegen die Rebellen unter Zurücklassung von 30 Toten, ihrer Fahnen und einer Kasse mit 1000 Pesos in größter Verwirrung zurück. Die Bundesstruppen, deren Zahl 300 betrug, hatten 3 Verwundete, Diaz und sein Sohn Porfirio Diaz, die in einem Zug folgten, nahmen an dem Gefecht teil. Die Frau Diaz und Zeugin des Kampfes vom Zuge aus. Die Ausfühler schießen wahrscheinlich, als sie den dritten Zug, der ebenfalls Bundesstruppen mit sich führte, sich nähern sahen.

Keine politische Nachrichten. Zwischen den Mächten finden Verhandlungen zwecks Einleitung zur dritten Haager Friedenskonferenz statt. — Wie der „Sanct Courier“ meldet, haben zwei weitere bayerische Reichsräte (die Namen werden nicht genannt) sich Steuerhinterziehungen zuschreiben können lassen. Bei dem einen derselben, dem Großindustriellen v. P., betrug die Steuerumgehungen 100 000 Mark, und bei dem zweiten, einem angesehenen Juristen, betrug es 50 000 Mark, das er nicht einmal die Hälfte seines Kapitalvermögens zur Versteuerung angemeldet hatte. — Die Nachrichten, daß gegen den Barrer Fischer von der Wartaustraße in Berlin ein Verbot der Einreise ausgesprochen ist, werden bestätigt, daß Fischer in seiner Eigenschaft als Reichsminister nicht einreisen darf. — Im Prozeß gegen die an der Spitze stehenden Reichsminister tritt der Staat als Privatbeteiligter bei. Die Forderung, die der Franzosenminister namens des Staates geltend macht, beläuft sich auf 9 Millionen.

Gewerkschaftliches.

Zum Widerstreit in Berlin. Am Sonnabend lag bereits über 1400 Bewilligungen vor, etwa 3000 Gehilfen werden somit zu tariflichen Bedingungen beschäftigt. Damit kann der Kampf eigentlich schon als entschieden betrachtet werden, denn der Beschluß der Bäder-Innungen, den Schlichtung nicht anzuerkennen, ist damit völlig mißglückt. Selbst im Westen von Berlin, wo bei früheren Lohnverhandlungen Bewilligungen fast nicht erreicht werden konnten, sind diesmal die Forderungen der Gehilfen vielfach anerkannt worden.

Sokales.

Rüstringen, 29. Mai.

Im **Wohlfahrtsverein** Rüstringen hielt am Sonnabend Gen. Friede aus Altona einen interessanten Vortrag über Punkt 6 des sozialdemokratischen Programms: Religion ist Privatangelegenheit. Spannend legte der Referent in großen Zügen die Geschichte der Religionen dar und wies nach, daß sie in allen Zeiten den ökonomischen Verhältnissen entsprechnng angepasst waren. Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur die äußeren Beziehungen der Menschen, sondern auch die Ideen bestimmen und daß die Religionen den Interessen der jeweilig herrschenden Klassen dienen. Die heutigen christlichen Religionen, die Staatsreligionen geworden, entsprechen daher auch der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung von der sozialistischen abgelöst wird, dann auch die heute der kapitalistischen Gesellschaft dienenden Religionen verschwinden werden. Die Sozialdemokratie hat daher weder ein Interesse noch einen Anlaß, sich in einen Kulturkampf gegen die Religionen zu stürzen. Die Religionen sind für sekundäre Erscheinungen. Sie erklärt die Religion zur Privatsache, und diejenigen Sozialdemokraten, die noch kirchlichgläubig sind, sieht sie als solche an, die sich nicht ganz durchgerungen haben zu einer konsequenten Weltanschauung. Die Partei propagiert daher nicht einen Kulturkampf, sondern den Klassenkampf. Durch die Aufklärungsarbeit des wissenschaftlichen Sozialismus veranlassen wir die Menschen, sich mit den sozialen Theorien zu beschäftigen und so werden sie mit ihrem Klassengenossen Solidarität üben und zu der Ueberzeugung kommen, daß die religiösen Vorstellungen Irrtum sind. Dabei sollen wir uns keineswegs leicht über die Angelegenheit hinweggehen, sondern als Parteigenossen stets die Pflicht zur Klärung im Auge halten. Die Kirche ist zu einem politischen Machtfaktor, zu einem Herrschaftsinstrument in den Händen der herrschenden Klasse geworden und sie ist imstande, einen großen Einfluß auf unentwickelte Menschen auszuüben. Deshalb darf man nicht indifferent gegen diese Erscheinung sein, sondern sich demgegenüber klar als Sozialdemokrat zeigen. Wir verlangen auch die Trennung der Kirche vom Staat und sehen in der Politik das beste Mittel, der Kirche entgegenzutreten. Der Klassenbewußte Arbeiter muß von selbst zu der Ansicht kommen, daß es für ihn zwecklos ist, noch Kirchenmitglied zu bleiben. Also nicht Kulturkampf, sondern sozialistisches Weltbild muß unsere Parole sein. — Der Vortrag wurde mit Beifall angenommen.

Die Wasserleitung ist Dienstag mittag von 12—1 Uhr im Stadteile Jepsens, nördlich vom Mühlenweg, in Reuengroden und Küsterfeld gesperrt. (Siehe Bekanntmachung.)

Reinigt die Straßen! Uns wird geschrieben: Einem Umstand, der allerdings in letzter Zeit in Rüstringen I. uns etwas besser geworden ist, muß entschieden noch mehr entgegengetreten werden. Wir meinen die Straßenreinigung. Viele Hauseigentümer lassen in dieser Beziehung doch noch manches fehlen. Entweder sie überlassen ihre Arbeit jungen Kindern oder Personen, die da glauben, es genügt, wenn der Besen mit mehr oder weniger Kraftanwendung den Staub hoch aufgewirbelt hat. An vorheriges Besprengen des Pflasters wird hier nicht gedacht. Hier könnte durch die neue Einrichtung der Bezirksvorsteher vieles gebessert werden. Wir glauben, daß es genügt, wenn der Schmutz oder Schlamm auf dem Mangelhafte seiner Straßenreinigung anmerklich gemacht würde.

Auf einen anderen Mangel soll hier noch hingewiesen werden. Durch den Umstand, daß so viele Kinder ohne Aufsicht auf der Straße spielen müssen, der an sich sehr bedauerlich aber nur schwer abzuwenden ist, sind oft Teile der Straßen mit Scherben besetzt. Daß für die Spielenden sowohl wie auch für die Passanten dadurch Gefahren entstehen, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Diese Scherben bleiben nun oft von einem Fegezug zum andern liegen. Hier müßte das Ortsstatut dahin erweitert werden, daß Scherben und auch Abfälle sofort oder doch möglichst schnell, auch an anderen als den Fegetagen zu entfernen sind. Wie oft kommt es nicht vor, daß ein zur Arbeitsstelle gehender durch einen Glasplitter die Luft aus dem Radreifen verliert und nun verpatet am Arbeitsplatz eintrifft. Das ist für ihn Verlust am Verdienst und eine unangenehme Geländegabe.

Der Bürgerverein Reuende hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung in Reuß Lokal in Reuengroden ab. Nach Hebung der Beiträge erstattete der I. Vorsitzende Bericht aus den Sitzungen des Stadtrats und der Fortbildungsschulvorstandssitzung. Hierzu wurde von einigen Mitgliedern bemerkt, daß es gerechter wäre, wenn das ganze Schulgeld durch die Fortbildungsschule nicht erhoben würde, sondern daß die Gemeinheit diese Kosten trägt, dadurch wären gerade die ärmern Eltern der Beleglinge entlastet. Durchschnittlich würde, wenn auch der Beitrag allein der Lehrere zu zahlen blü, dieser Beitrag doch auf den Belegling abgemildert, indem ein höheres Gehrgeld verlangt wird. — Gefolgt wurde dann über die mangelhafte Entschärfung der Grodenstraße und der daran liegenden Grundstücke. Es muß auf irgend eine Art Abhilfe geschaffen werden. Beschlossen wurde fobann, am zweiten Freitag, wenn andere einen Ausflug machen, einen Ball bei Reuß in Reuengroden abzuhalten.

Bauverein Rüstringen. Eine äußerst wichtige Generalversammlung findet am Mittwoch abend im „Troll“ statt. Das Reichsmarineamt hat sich zur Vergabe von Baugeldern und Terrain am Kanal bereit erklärt, wenn einige Änderungen des Statuts der Genossenschaft die Zustimmung der Generalversammlung finden. Zur Abänderung des Statuts ist die Versammlung von einem Drittel der Mitglieder notwendig. Weiter wird sich die Generalversammlung mit der Anlage von Rodgas in den Vereinshäusern beschäftigen. Die Gas- und Rodgas ist sich bereit erklärt, durch einen Vertreter einen informativem Vortrag halten zu lassen, auf den besonders die Frauen der Gemessen aufmerksam gemacht seien. Der Vortrag wird vor Eintritt in die Tagesordnung gehalten

werden, um es den Frauen zu ermöglichen, sich an der Aussprache zu beteiligen.

Die Vaterfeststellung in ganz Rüstringen wird vom 1. Juni ab bestimmt mit Pferd und Wagen von Wilhelmshaven aus erfolgen. Für die Vaterabholer und für die Vaterausgeber bleibt in Rüstringen alles beim bisherigen Modus.

Das Geflügelst hatte gestern bei dem günstigen Wetter eine ungeheure Menschenmenge nach dem Festplatz gelockt, der mehr als in früheren Jahren mit Zelt aller Art besetzt ist. Von den größeren Schaubuden ist eine Menagerie und ein Miniaturo-Zirkus zu nennen.

Die Ausstellung erweckte gestern lebhaftes Interesse. Sie ist mit prächtigen Tieren in so großer Anzahl besetzt worden, daß diesmal ein Ausbau der Ausstellungshalle mit benutzt werden mußte. Die Preisrichter haben sicher eine sehr schwere Arbeit gehabt. Viele schöne Preise haben die Jächter davon getragen. Die beste Anerkennung können sie aber in dem großen Jubelruf, den das Arrangement in der Bevölkerung gefunden hat, finden. Heute und morgen kann die Ausstellung noch besichtigt werden.

Operetten-Salon. Das bereits angekündigte Galspiel des Norddeutschen Operetten-Ensembles unter persönlicher Leitung des Direktors Sultus Michels beginnt nunmehr bestimmt am 4. Juni im Adler-Variété. Den Reigen eröffnet die hervorragendste Operettenneuheit „Die teulische Suiranne“ mit Musik von Jean Silbert, dessen Name sich schon in der populären Operette „Polnische Wirtschaft“, welche ebenfalls zur Darstellung gelangt, einen glänzenden Ruf erworben hat. — Auch von den Operetten „Geschiedene Frau“ und „Verbotene Braut“ hat Herr Michels das alleinige Aufführungsrecht für Wilhelmshaven und Rüstringen.

Raubbureau. Auf dem Rathaus II sind als gefunden abgegeben: ein Fahrrad, ein blauer Kastenwagen und ein Puppenwagen mit Betten.

Wilhelmshaven, 29. Mai.

Badeanstalten in der Werk. Für auswärtig wohnende Westarbeiter werden die Badeanstalten auf der Werk vorläufig probeweise Mittwochs und Sonnabends in der Zeit von 12.05 Uhr bis 1.30 Uhr freigegeben.

Sunter Abend im Parksaal. Am 2. und 3. Juni ist es gelungen, einen Teil einer Opern- und Schauspielstücke unter Leitung des Oberregisseurs Karl Sid für einen „Großen Sunter Abend“ im Parksaal zu gewinnen. Abwechselnd mit den Musikstücken der 2. Marfchen-Division und des 2. Seebataillons unter persönlicher Leitung ihrer Dirigenten, finden humoristische Rezitationen von Frau Josefine Sid-Rebner und Karl Sid und moderne Lieder, Arien, Duette aus Opern gelungen von Herrn Fritz Tejlaff vom Bremer Stadttheater, Herrn Fritz Winkgöns, I. lyrischer Tenor und Hamburger Stadttheater (bisher am Stadttheater in Bremen) und der I. Opernbühre des Bremer Stadttheaters Frau Müller-Beisel statt.

Zwischen Wilhelmshaven und Wangerode wird umgekehrt wird demnächst der Dampferverkehr wieder eröffnet. Er wird vermittelt durch die Klotzdamper „Delphin“ und „Lachs“. Die Fahrten finden statt am 14., 16., 18., 21., 23., 26. und 28. Juni, vom 30. Juni bis zum 14. Sept. täglich, 16., 19., 21., 23., 26. und 28. Sept. Die Abfahrt von Wilhelmshaven erfolgt 8.20 Uhr morgens. Die Ankunft in Wilhelmshaven ist an Wochentagen 7.15—7.45 Uhr, an Sonntagen 8—8.30 Uhr abends. Der Dampferverkehr zwischen Wilhelmshaven und Helgoland erfolgt vom 1. Juli bis zum 15. Sept. wöchentlich viermal durch die Dampfer „Seeadler“ bezw. „Rajade“, nämlich Sonntags, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von Helgoland ab zwischen 3—3.30 Uhr nachmittags und Sonntags, Montags, Mittwochs und Freitags ab Wilhelmshaven 8.20 Uhr vormittags.

Aus dem Lande.

Wartenfel, 29. Mai.

Einen unästhetischen Anblick haben die Bahnpassanten, wenn sie einen Blick auf die neu zu erbauende Bahnstrecke werfen. Nicht am Kanal steht hier ein Abort, der für die Erdarbeiter bestimmt zu sein scheint, aber nicht benutzt werden dürfte, weil keine Tür vorhanden ist und der innere Zustand aller Beschreibung spottet. Ist keine Behörde da, die der Firma Ph. Holzmann & Co. vorschreiben kann, wie solche Anlagen herzustellen sind?

Oldenburg, 29. Mai.

Ein Auskus für Fortbildungsschullehrer wird hier unter der Leitung des Referenten im Ministerium Direktor Dr. Rehner abgehalten: a) vom 17. Juli bis zum 19. August d. Js. ein Lehrgang für Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen; b) vom 25. September bis zum 7. Oktober d. Js. ein Lehrgang für Lehrer an kaufmännischen Fortbildungsschulen. In beiden Lehrgängen findet täglich — mit Ausnahme des Sonntags — Unterricht (Vorträge und Übungen) statt.

Delmenhorst, 29. Mai.

Die Befohaffung eines städtischen Sprengwagens zwecks regelmäßiger Wasserreinigung in den Straßen der Stadt, die wir schon seit Jahren fordern, ist ein dringendes Bedürfnis. Die Staubentwicklung besonders in den durch belebtesten Automobilverkehr heimgesuchten Straßen ist eine nicht zu unterschätzende hygienische Gefahr für die gesamte Einwohnerschaft geworden. Was nützen staubreie Bromenaden, sowie Spielplätze für Kinder, die zudem nur von Denigen auf kurze Zeit besucht werden, wenn die andauernde und regelmäßige Staubentwicklung in den Straßen nicht nach Möglichkeit beschränkt wird. Außer Straßenpassanten werden besonders die Bewohner von Unterwohnungen durch Straßenstaub, der durch geschlossene Fenster dringt, belästigt. Da das Uebel durch den sich steigenden Automobilverkehr geradezu unerträglich wird, so dürfen finanzielle Bedenken, die bisher der Beseitigung entgegenstanden, nicht länger aufrechterhalten werden. Die Einwohnerschaft hat zweifellos ein

Recht, die Beseitigung solcher Mißstände zu verlangen. Ob es nicht zweckmäßig ist, die gesamte Straßenreinigung mit dieser Angelegenheit zu verbinden, wollen wir heute nicht besonders erörtern, obwohl es unserer Meinung nach nichts anderes geben kann. Soll nämlich Abhilfe geschaffen werden, so kann es sich zunächst nur um die Befohaffung eines Sprengwagens handeln.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Im Ewerstenholze bei Oldenburg wurde die Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Das Selbstmord verdrbt hatte. Bei dem Strette zwischen zwei Anaden in Weyershof griff der eine zum Mord und schloß seinen Gegner den Oberarm an, jedoch der Wert sechs Klammern annahm, wurde, um die Wunde zu schließen.

Aus aller Welt.

Der Tod magt unter den Fliegern reiche Leute. Am Sonnabend, am ersten Tag der Flugwoche in Petersburg, stürzte der Flieger Smith mit einem Sommerapparat aus einer Höhe von 40 Metern herab und starb auf dem Wege zum Stranzenhau.

Verhaftet wurde in Berlin der Direktor des bekannten Sportpalastes, der sich der Unachtsamkeit, Unterfischung, Kontursvergehen und Bilanzverfälschung schuldig gemacht hat. Der Sportpalast ist bis auf Weiteres geschlossen.

Ueber den Brand des Badortes Coney Island wird aus Newport untern 27. Mai geschrieben: Das Feuer auf Coney Island, dessen man jetzt Herr geworden ist, zerstörte mehrere Tugend Vergnügungs-Cabarets, Hotels und Restaurants, viele andere wurden schwer beschädigt. Die Feuerwehr konnte wenig ausrichten, da der Wasserdruck völlig unzureichend war und überdies der Wind die Flammen dreimal von neuem ansachte. Die brennenden Ausfallstrüme beleuchteten die Szene kilometerweit. Der Materialschaden wird bisher auf zwei bis drei Millionen Dollars geschätzt. 150 Tiere kamen in ihren Rädgen um. Sechs aus dem Inkubator gezüchtete Babies dieser Art starben.

Es war gerade der meistbesuchte Teil der von hunderttausenden allentäglich überflossenen Vergnügungsstadt, der jetzt als rauchender Trümmerhaufen daliegt.

Zusammenstoß englischer Schiffschiffe. Die Schiffschiffe „Belleroophon“ und „Inflexible“ sind Freitag abend bei der Einfahrt in den Hafen von Portland zusammengestoßen, wobei die „Inflexible“ ein großes Leck ließen. Die „Belleroophon“ wurde nur leicht beschädigt. Beide Schiffe gingen sofort in Tod.

Kleine Tageschronik. Der im Moabitler Aramall-Projekt zu 3/4 Jahren verurteilte Schlosser Paul Boed hat sich im Gefängnis erhängt. — Bei einem Bergbruch in dem Dorfe Elchstetten am Rastfeld wurde ein Baus verdrückt. Zwei Personen sind tot, mehrere verletzt. — In dem badischen Dorfe Bingen zerplatzte beim Hochzeitstische ein Gewehr und rief dem Schützen die Finger ab. Der Verunglückte durchschnitt sich in der Wermittelhand den Hals und starb. — Zwei frühmorgens an der Küste ankernde, wurden in 2 a b w i g s h a i e n verhaftet. — Der Kaufmann Brand aus Gungun l. S. wurde in W a n s h e i m verhaftet, als er bei der Süddeutschen Bank einen falschen Wechsel präsentierte. — Am Freitag wurden in dem Dorfe Kolenow bei Stargard 35 Häuser durch Feuer zerstört. — Bei einer Feuerbrand in Sölzig-Kublan bei Rummelsburg i. P. verbrannte ein 14jähriges junges Mädchen, die Schwester des Besitzers Boed. — In den amerikanischen Meßstationen, auch im mittleren Westen, herrscht eine Misere, die in Chicago bereits sechs Menschenleben gefordert hat.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Mai. Am Wäckerfeld beteiligten sich 5337 Bäder, davon arbeiten zu den neuen Bedingungen 3397 Gefellen in 1617 Betrieben. Es sind daher nur noch etwa 1900 Streikende vorhanden. Für Mittwoch wurde eine Versammlung anberaumt, die voraussichtlich die Aufhebung des Streiks und die Boykottierung der einzelnen Firmen, die den neuen Tarif nicht angenommen haben, beschließen wird.

In einem Pelzwarengeschäft wurden durch einen Hausdiener Pelzwaren im Werte von 100 000 Mark entwendet. Jetzt wurden 14 junge Leute in Untersuchung genommen und 11 andere wurden noch auf freiem Fuß belassen.

Frankfurt a. M., 29. Mai. Auf der elektrisch betriebenen Straßenbahnstrecke von Homburg nach Salzburg stießen heute zwei Wagen zusammen. Zwölf Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Uerslohn, 29. Mai. In ein mit vier Herren besetztes Automobil sprang ein großer Hund. Der Fahrer verlor die Gewalt über das Fahrzeug und es wurde an einen Baum, unmittelbar an einer 20 Meter tiefen Böschung, zertrümmert. Die vier Insassen wurden schwer verletzt. Der Chauffeur kam mit leichtem Schaden davon.

Christiana, 29. Mai. Das Verteidigungsministerium bestellte bei der Germania-Werft in Kiel drei Unterseeboote mit einer Lieferungsfrist von 20—26 Monaten.

Winkel (Ruhl.), 29. Mai. In der Drißacht Wit brach ein Feuer aus, das in 24 Stunden 40 Häuser vernichtete.

Rom, 29. Mai. Das Tomngewölbe eines Wasserreferovits in Apulien brach plötzlich zusammen und begrub zwölf Arbeiter. Acht wurden tot, die übrigen schwer verletzt unter den Trümmern herangezogen.

Barcelona, 29. Mai. Hier kam es zu Zusammenstößen zwischen Carlisten und Radikalen. Fünf Menschen wurden getötet und viele verwundet.

Wetterbericht für den 30. Mai.

Warm, meist heiter, trocken, mäßige östliche Winde.

Verantwortlicher Redakteur: G. Jacob, Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.

Am Dienstag d. 30. Mai ist in Heppens, nördlich vom Mühlenweg, in Neuengroden und Rüstertiel von 12 bis 1 Uhr mittags unsere Wasserleitung gesperrt.
Wasserwerk Rüstringen.

Bauverein Rüstringen.

Am Mittwoch d. 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentl. Generalversammlung
im Lokale des Herrn Sadowasser.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Kochgas-Einrichtung.
2. Statutenänderung. (§§ 1, 3, 7, 28, 40 und 68, ferner § 18 der Geschäftsweisung f. d. Aufsichtsrat).
3. Neubauten für 1912.

Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Mitglieder ersucht, vollständig zu erscheinen.

Die Mitglieder haben sich zu legitimieren.

Der Aufsichtsrat des Bauvereins Rüstringen.
Behrens, Vorsitzender.

Zu Pfingsten
extra billiger Verkauf in nur modernen, gutstehenden



Korsetts
von 2.90 M. an bis zu den feinsten.

L. Wecke
Korsett-Spezial-Geschäft
Güterstr. 10. Güterstr. 10.
Anfertigung nach Maß.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.

Trauer-

Kleider u. Kostüme moderne Ausführung
Blusen, Wolle, Seide, Tüll usw., elegante Machart
Röcke, vom einfachsten bis elegantesten
schwarze Paletots, neueste Fassons.
Anfertigung innerhalb 4-5 Td. Tadellos Sitz garantiert.

Bartsch & von der Brelie.

Heinrich Krüger Volksküde in Rüstringen
Nellumstraße.
Dienstag: Sauerbrat u. Schmelzkeisli.
Nordenham.
Soziald. Wahlverein

Den feinsten und wirklich schwachsteifen amerlandischen
Schinken
— Dielenränderung —
kaufen Sie unter Garantie bei
Friedrich Stagen
Schinken-Verlandgeschäft
Wilhelmshavener Straße 64.
Telephon 596.

Eine Tafelwage
mit Gewichte zu verkaufen.
Wilhelmshavener Str. 62, part.

Volksküde in Rüstringen
Nellumstraße.
Dienstag: Sauerbrat u. Schmelzkeisli.
Nordenham.
Soziald. Wahlverein
Am Freitag den 2. Juni cr.
abends pünktl. 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Kohners Lokal.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandbericht.
2. Stellungnahme zur Landtagswahlkonferenz und Wahl eines Delegierten.
3. Bezirksereinteilung betr.
4. Kommunales.
5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Genossen und Genossin in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Günstiges Angebot!

an meine werte Kundschaft
von Rüstringen und Wilhelmshaven.

Ich hatte auf meiner jüngsten Reise Gelegenheit, in Berlin von erstklassigen Häusern grössere Posten Damen-Kleider, Kostüme, Mäntel, Paletots und Blusen gegen Kasse billig einzukaufen. Um meinen werten Kunden Gelegenheit zu bieten, mit den Einkäufen nicht bis zu den letzten Tagen vor dem Feste zu warten, gebe ich sämtliche Ware

ohne Anzahlung auf Kredit

- zu folgenden Zahlungsbedingungen:
- 1 Anzug 18 Mk. wöchentl. Abzahl. 50 Pf.
 - 1 Anzug 24 Mk. wöchentl. Abzahl. 50 Pf.
 - 1 Anzug 28 Mk. wöchentl. Abzahl. 50 Pf.
 - 1 Anzug 34 Mk. wöchentl. Abzahl. 1 Mark
 - 1 Anzug 41 Mk. wöchentl. Abzahl. 1 Mark
 - 1 Anzug 48 Mk. wöchentl. Abzahl. 1 Mark usw. usw.

Für guten Sitz übernehme ich Garantie.

Damen-Konfektion

unter Garantie gute Ware, hochmodern und in verschiedenen Dessins, so dass jeder Käufer das Gewünschte finden muss, bei wöchentlicher Abzahlung schon von

50 Pf. an.

Kinderwagen u. Sportkarren

das Modernste in grosser Auswahl.

Gardinen, Stores, Portiären in Plüsch und Leinen, Teppiche, sämtliche Möbelstücke, Betten, Wäsche, alles in grosser Auswahl und bei allerkleinster Abzahlung. Daher kaufen Sie auf Kredit am besten bei

W. Nissenfeld

grösstes u. ältestes Waren-Kredithaus
Rüstringen, Wilhelmshavener Strasse 37.

Neu eingetroffen!

Kinder-Anzüge :: Kostüm-Röcke.

— reizende Neuheiten! —

J. H. Frerichs : Erste Mittel- und Dorfstraße.

• • Deutscher • •
Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Wilhelmshaven.
Dienstag den 30. Mai,
abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Sadowassers Lokal.
Um zahlreichem Besuch bitten
Der Vorstand.

Achtung!
Zentralverb. der Maschinisten
und Heizer.

Zahlstelle Wilhelmshaven.
Am Dienstag den 30. Mai cr.
abends 8 1/2 Uhr:

Bersammlung
in Sadowassers Lokal.
Wichtige Tagesordnung (u. an-
Referat des Gauleiters Kollegen
E. Ruff - Hamburg.
Alle Kollegen müssen erscheinen!
Der Vorstand.

Verband der Steinflechter
Pflasterer u. Versfeger.
Mittwoch den 31. Mai d. J.
abends 8 1/2 Uhr:

Bersammlung
bei Schrön, Sadowasser.
Der wichtigen Tagesordnung halber
ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in
dieser Bersammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Bauarbeiterschut-
Kommission.

Die für heute abend angelegte
Sitzung fällt aus. Die nächste Sitzung
findet am **Dienstag den 6. Juni**
bei Halweland, Grenzstr. 11, statt.

Todes-Anzeige.
Gestern vormittag 11 Uhr
starb nach längerer Krankheit
im 71. Lebensjahre unsere liebe
Mutter, Schwieger- und Gross-
mutter, die Witwe

Rensdie Jakobsohn
Um stille Teilnahme bitten
im Namen aller Angehörigen
H. Meiners, Rüstringen.
H. Meiners, Thiene i. Ostf.
Beerdigung: Mittwoch nach-
mittag 2 Uhr vom Sterbehause
Wörsentstraße 55.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Oldenburg.



Nachruf.
Herdurch den Kollegen die
betreffende Nachricht, dass unser
Mitglied, der Kollege

J. Wobler
am Freitag den 26. d. Ma-
nach längerer Krankheit sanft
entschlafen ist.
Wir verlieren in demselben
einen allezeit pflichttreuen
Kollegen und werden sein An-
denken stets in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet am
Dienstag den 30. Mai, nachm.
2 1/2 Uhr, vom Pflanzhof
aus statt, nach dem alten
Oldenburger Kirchhof.

Reichstag.

25. Sitzung. Sonnabend, den 27. Mai, vormittags 11 Uhr. Am Bundespräsidenten: Dr. Deibitz. Die dritte Beratung der Reichsversicherungsordnung.

Reichsversicherungsordnung

Abg. Müller (Soz.):

Als ersten Herr Trimborn als erster Stichwortführer der Abgeordneten Sozialisten hier auftritt, da kann keine Ausnahme sein, denn selbstverständlich ist es, daß jeder Volkswirt zu enthalten. Dies Verfahren kann ich Ihnen nicht abgeben. (Sehr richtig! Das stimmt mit) Ja, das werden Sie schon erfahren. Herr Trimborn, der von der Streitfrage, auf alle Fälle verständlich, zu befehlen, weil für seine Partei dabei keine Vorbehalte zu holen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kredit der Firma Sozialreform und Arbeiterfreundlichkeit ist eben gar erloschen. Von Kredit schon von einer Unterabteilung, und die erloschenen und angelegenen Briefschaften dieser Firma, die Herren Döge und Trimborn, waren bei der ganzen Beratung dieses Gesetzentwurfs außer Acht gelassen worden. (Sehr richtig! Herr Döge, das wiederum ist ein altes Gerede wieder, das nicht einmal bei den Sozialdemokraten.) Nicht also, daß, so begann gestern Herr Trimborn, seien die Vorteile, die den Arbeitern aus der Forderung der Reichsversicherungsordnung erwachsen, sogar sehr gering. Hätte er sich die Renten aus der Hinterbliebenenversicherung, über welche Stunde später hatte er sich bereit zu zeigen, in Betracht gezogen, daß er von vielen und sehr nachteiligen Vorteilen profitiert und bereit für die Bewilligung der Vorlage einzutreten. Mit Mühen hätte Herr Trimborn gewiß Millionen von Mark erhalten, wenn er nicht aus der Reichsversicherungsordnung unterlassen, was beim Zentrum besonders für sich nicht dafür zu bekämpfen. Denn das Zentrum trägt die Schuld daran,

daß seit mehr als 20 Jahren die Arbeitgeber von der Versicherung ausgeschlossen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hunderte von Millionen als Bezahlung bei den Trimborn'schen Firmen vorzuführen. Die Güter der Bekanntheit kommt aber nicht in Betracht, sondern der Umstand, ob für die Millionen der Arbeiter die Leistungen genügend sind. Herr Trimborn hat, wie das bei den bürgerlichen Parteien die Regel ist, die diesem Parlament zuletzt immer verschwiegen, daß die Arbeiter zwei Drittel davon bei der Krankenversicherung tragen. Wenn er von 180 Millionen Mark Krankenversicherung sprach, so bezog er sich auf die Arbeiter, die über 100 Millionen besitzen. Wenn er von 180 Millionen Mark Hinterbliebenenversicherung sprach, überließ er, daß 90 Millionen der Beiträge aus der Tasche der Arbeiter selbst kommen, und wenn er vom Arbeitslosengeld sprach, so bezog er, daß er fast ausschließlich aus der Tasche der Arbeiter kommt, weil er in beinahe ausschließlich aus indirekten Steuern stammt, für die das Zentrum stimmt hat.

Sein Gehorsam der bestehenden Klasse an die Arbeiter ist die Versicherungsangelegenheit, die ist einfach die Rückgabe der den Arbeitern vorher abgenommenen Beiträge und Steuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit einer gewissen Eleganz ist Herr Trimborn über die Forderung der Forderung der Forderung der Arbeiter hinweggegangen. Er hat über die Beziehungen gegen meine Partei nicht wiederholt, ganz im Gegensatz zu seinem freilichstolzen, dem Arbeitervertreter Herr Döge, der Trimborn ist eben unendlich viel klüger als Herr Döge, der ganz aus demselben wurde, wenn man von wirtlichen Verbindungen in Betracht kommen, die sich in der Forderung des Zentrums befinden. Es hat die Firma Sozialreform 50 000 M. bei der bürgerlichen Partei hinterlegt, als Garantie für den Rückzahlung der hohen Beiträge der Beamten, falls sie durch die Reichsversicherungsordnung gefährdet werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Trimborn hat uns indirekt unsere Nebenbelohnungen vorgeworfen. Ich habe schon für diese Nebenbelohnungen und nun wieder in im Einklang mit dem Zentrum, erlöschen, um nur möglich ist auf das Ganze zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn Sie wissen, der neue Reichstag wird ein solcher sein wie der bestehende, und deshalb wollen Sie es jetzt unter Dach und Fach bringen. Das ist ein Widerspruch des Mannes anzuwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Einmalige Entziehung der Arbeiter

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Die sozialdemokratische Partei hat als Partei kein Interesse an der Beteiligung ihrer Angehörigen an den Kassenbeiträgen. Mit wenig Ausnahmen sind die Sozialdemokraten, die als Beamte in der Krankenversicherung beschäftigt sind, für die Parteipolitik verloren. Wir bekämpfen die Bestimmungen über die Kassenbeiträge, weil sie eine Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsstaats darstellen, und ebenso werden wir und dagegen, daß die Arbeitgeber als rechtliche Belastung behandelt werden. Das sei allerdings der Reichstag gesagt: wenn die Bestimmungen gegen die Arbeitgeber als ein Schlag gegen die Sozialdemokratie gedacht sind, so wird sich das als ein Schlag ins Wasser erweisen. — Diese ganze Reichsversicherungsordnung gleicht der

Stuhl bewegen konnte, ist nicht als Inhalt im Sinne des Gesetzes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht genau damit, man hat sogar die Hinterbliebenenversicherung benutzt, um eine

neue Arbeitsstätte für die Arbeiter heranzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die können dem Gesetz nicht zustimmen, wenn es nicht wesentliche Verbesserungen in dritter Lesung erhält. Wir werden alles aufbieten, um eine Änderung des Gesetzes herbeizuführen. Und doch der nächste Reichstag anders aussehen wird als dieser, daran zweifelt, das ist kein Wunsch. Keine politischen oder parlamentarischen Maßnahmen werden und zurückhalten, auf die Abänderung dieses Gesetzes zu drängen. Mit den Herren von der Mehrheit werden wir weiter bei den Wahlen abstimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nebenher sind zwei Austräge, an denen einer vom Jahre 1915 an die Verengung der Altersgrenze auf 65 Jahre vorschlägt, während der andere die Altersgrenze bei der Hinterbliebenenversicherung von 2000 auf 2500 M. erhöht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratischen Mitglieder sind nur maßgebend gewesen. Wir befehlen nicht die Selbstverwaltung der Krankenkassen, sondern stellen sie erst auf sichere Grundlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die 10. Generalversammlung der Glasarbeiter und arbeitenden Deutschlands fand in Jena am 11. d. M. Aus dem Vorstandsbericht geht hervor, daß aus dieser Verbandstage unter der Präsidentschaft von Jena, aber dennoch vorwärts kommt. Die Generalversammlungen bilden die Basis für die Aktion der Arbeiter. Die Statutenänderung wurde nach einer längeren Zeit in Anspruch. Am Prinzip wurde die Erhöhung der Beiträge bedingten. Die Beiträge

wurden wie folgt festgesetzt: Für weibliche Mitglieder und solche männliche Mitglieder, die ein Jahreseinkommen bis 700 M. haben, beträgt der Beitrag 40 Pfg. pro Woche; für männliche Mitglieder mit einem Einkommen von über 700 bis 1000 M. 50 Pfg. und bei über 1000 M. 60 Pfg. Die Unterzahlung beträgt nun je nach der Dauer der Mitgliedschaft, der Beitragsklasse und der Umzugsferne 3—40 M. für verheiratete Kollegen. Den ledigen Kollegen wird ein Abkottelgeld von 1,5 Pfg. in der 40-Pfg.-Klasse, von 2 Pfg. in der 50-Pfg.-Klasse und von 2,5 Pfg. pro Kilometer in der 60-Pfg.-Klasse gezahlt. Ledige Mit-

glieder, die Erfinder einer Familie sind, erhalten die Unterstützung der Arbeitenden. Für Westdeutschland soll ein Gauleiter angestellt werden. Der Glasbläsergenossenschaft des meiningischen Oberlandes in Steinach soll ein Darlehen von 2000 M. gewährt werden, wenn die Genossenschaft insstande ist, die nötige Sicherheit für jedwellige Rückzahlung zu geben. Den dänischen Kollegen, die sich im Streik befinden, wurde eine Unterstützung von 1000 M. gewährt. Die nächste Generalversammlung tagt 1913 in Dresden. 14. Generalversammlung der Bergarbeiter. In ausführlicher Weise gab Reichstagsabgeordneter Sachse den

Bereits veröffentlichten Vorstandsbericht und berührte hierbei die Kampfesziele der Christlichen, die in den Versammlungen die radikalsten Forderungen stellen, aber trotz der Hilfe von der Öffentlichkeit und der Zentrumspresse nicht vorwärts kommen. Ebenso wies er auf die sonderbare Haltung der aus den Reihen der Christlichen hervorgegangenen Reichstagsabgeordneten, die die Arbeiter direkt in den Rücken stellen. In der Debatte wurde der Taktik des Vorstandes im allgemeinen zugestimmt. Von verschiedenen Delegierten wurde der Kampf gegen den Alkohol, den schlimmsten Feind der Arbeiterklasse, mehr Beachtung anempföhlen. Angenommen wurden folgende Anträge:

- 1. Der Verbandsvorstand hat dahin zu wirken, daß sämtliche Arbeiter, die den Vergesetzten unterstehen, unterm Verbands anzugerechnen haben. Die Zerstückelung in mehrere freigezweckliche Organisationen ist ein Fehler. 2. In den Mitgliedsversammlungen sind über die bezugsrechtlichen Vorschriften Vorträge zu halten. 3. Die Ortsvereinigungen haben bei Beginn jeder Versammlung auf die Schädlichkeit des Alkohols hinzuwirken. 4. Das Agitationsmaterial ist für Oberflächlich in polnischer Sprache herauszugeben. Die Abrechnungen von Oberflächlich in der 'Gazeta Gornicza' zu stellen, falls ihr Vater oder ihre Mutter dem Verband angehört, auf ihren Wunsch die 'Arbeiterjugend' zu liefern. 6. Mitglieder, die aus anderen Organisationen zu uns übertraten, erhalten erst dann eine internationale Ueberweisungskarte ausgestellt, wenn bei uns mindestens 26 Wochenbeiträge gezahlt sind. 7. Der Vorstand soll unverzüglich Maßnahmen ergreifen zur Befreiung des Zwangsarbeitsnachweises oder zu dessen Umwandlung in einen partiatischen. 8. Der Vorstand wird beauftragt, gemeinschaftlich mit den anderen Bergarbeiterorganisationen an den Bergbauischen Verein des Oberbergamtsbezirks Dortmund die Forderung um Befreiung der Lohnabhängigen für Grubenlicht einzurufen. 9. Die Parteibeiträge werden soll von den Bezugsfassen bezahlt. 10. Diejenigen Mitglieder, die die im vorigen Jahre ausgeschriebenen Extrabeiträge nicht bezahlt haben, müssen dieses nachholen. 11. Bevor die Bezugsleiterunterstützungsgefuche an den Vorstand einbringen, muß erst die Zahlstelle darüber entscheiden. 12. Der Besuch der Zahlstellenversammlungen sowie die Beteiligung bei der Agitation ist den Mitgliedern durch einen Stempel zu beschleunigen. 13. Grenzzeitlichkeiten und Einteilungen neuer Zahlstellen werden von den Ortsvereinigungen unter Zustimmung des Bezugsleiters geregelt. 14. Der Vorstand soll gemeinsam mit den Parteien die Bildungsturse weiter führen. Er soll jedes Jahr einen Bergarbeiter-Leskalender herausgeben.

In den Vorstand gewählt wurden Sachse, 1. Vorhender, Gulemann, 2. Vorhender, Horn, Kassierer, Waldheder, Kontrolleur, Müll, Köhler, Schmidt, Sekretäre. Als Redakteure wurden gewählt: Hue (Essen), Wagner und Wamet (Bochum).

Die nächste Generalversammlung findet 1913 in Hannover statt.

Aus dem Lande.

Barel, 29. Mai.

Eine Stadtratsitzung wird auf Freitag den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr, mit folgender Tagesordnung einberufen:

Der Bund für Mutterschutz.

Die Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz tagte vom 13. bis 18. Mai in Breslau. Die erste öffentliche Versammlung wurde am Sonntag nachmittags abgehalten. Als erster Redner sprach Dr. Martin Göttem-Breslau über

Mutterschutz durch Erziehung und Aufklärung.

Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Leitsätzen: 1. Zu den Aufgaben des Mutterschutzes gehört neben der Fürsorge für uneheliche oder ehewidrige Mütter auch die Bewahrung vor dem Zustandekommen der unehelichen Mutterschaft durch Erziehung und Belehrung. 2. Die Bedingungen für das Zustandekommen der unehelichen Mutterschaft beruhen auf sozialen Verhältnissen und sittlichen Anschauungen. 3. Der Einfluß der sozialen Verhältnisse ist abzuschwächen, in den bisherigen sexuellen Anschauungen und Lebensgewohnheiten durch Erziehung Wandel zu schaffen. 4. Dieser Wandel läßt sich dadurch erzielen, daß unter Belehrung, wie schweren Gefahren das Lebensschicksal einer unehelichen Mutter und ihres Kindes ausgelegt ist, ein erhöhtes Bewußtsein der sexuellen Verantwortung anerzogen wird. 5. Da erfahrungsgemäß verwaiste, von der Familie losgelöste, in die Großstadt abgewanderte, in kurzfristiger Dienststellung befindliche Mädchen der unehelichen Mutterschaft zumeist anheimfallen, soll es eine besondere Aufgabe der Ortsgruppen des Bundes für Mutterschutz sein, gerade diesen Mädchen eine vorbeugende belehrende Fürsorge zuteil werden zu lassen. Für diesen Zweck schlug er Unterhaltungsabende vor, die mit einem belehrenden Vortrag eingeleitet werden und möglichst in allen Teilen der Großstädte veranstaltet werden müssen.

Als Referentin stellte Maria Wisniewska aus Berlin Forderungen auf, die sie folgendermaßen zusammenfaßte: 1. Staat und Gesellschaft ziehen heute ein Frauengeschlecht heran, das, unwillig und willensschwach, den Begierden des Mannes zum Opfer fällt. Daraus entsteht ein schweres Hindernis für die Zukunft eines kräftigen Nachwuchses. 2. Darum muß eine neue Erziehung einsetzten, die durch Innebesetzung, naturwissenschaftliche Aufklärung die Frau mit Ehrfurcht vor ihrer Mutterwürde erfüllt und ihre schon früh die Pflichten zum Bewußtsein bringt, die sie als Trägerin der Menschheit hat. 3. In der Zeit der Reife ist eine Hygiene der Menstruation eine unerlässliche Notwendigkeit. 4. Die durch innere und äußere Vorgänge schwer gefährdeten Jahre vom 14. bis 18. Jahre bedürfen einer besonderen Fürsorge. Vor allem muß eine den ganzen Menschen umfassende Berufsbildung die Gewalt des Naturtriebes zähmen. 5. Die so herangebildete Frau wird sich selbst schützen und wird Mutterschaft und Ehe als einen Gipfel des Lebens

feststellung der sämtlichen Vorschläge der städtischen Rassen.

Wie dürfen sie abseits stehen, die jungen Damen von Barel. Auch sie wollen ihren 'Margaretentag'. Schon in den nächsten Tagen soll, wie der 'Gem.' schreibt, ein Aufruf zur Mitwirkung erfolgen.

Nordenham, 29. Mai.

Witzung, Parteigenossen und -Genossinnen! Umstände halber findet die nächste Parteiverammlung nicht am Mittwoch den 31. Mai, sondern am Freitag den 2. Juni statt.

Der Amtsrat tagte am Freitag im Hotel 'Frischlicher Hof'. Verhandelt wurde: 1. Landwerb zur Vergrößerung des Krankenhaus-Grundstücks in Nordenham und Uebernahme von Straßensplasterungslosten (2. Besung). Der Amtsrat beschloß in der Sitzung vom 28. März d. J. den Ankauf eines Grundstücks, nämlich des Krankenhausgelandes, ca. 6000 Quadratmeter groß, für den Preis von 2 Mk. pro Quadratmeter, ebenfalls die Straßensplasterungslosten für die beim Krankenhaus zu bauenden Straßen. Dieser Beschluß wurde ohne Debatte in zweiter Lesung wiederholt. 2. Der Verkauf eines Bauplatzes in Edwarden wurde ebenfalls ohne Debatte in zweiter Lesung genehmigt. 3. Herstellung einer Gepäckbeförderungsanlage nebst Fußgängerbrücke in Edwarden. Der hierzu aufgestellte Plan wurde den Amtsratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht. Die Kosten würden sich auf ca. 6200 Mk. belaufen. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß eine bessere Beförderung des Gepäcks usw. geschaffen werden möchte, daß aber zugleich angestrebt werden muß, auch in Wilhelmshaven besseren Anschluß und bequemere Beförderungsanlagen zu schaffen, dadurch könne der Durchgangsverkehr nur gefördert werden. Der Amtsrat stimmte der geplanten Anlage zu. 4. Umnutzung der Kosten der landwirtschaftlichen Winterschule in Stollhamm. Nach kurzer Aussprache wurde dieser Vertrag. 5. Veränderung des Status des Amtesverbandes-armenhaus. Demeiben wurde mit kleinen Änderungen zugestimmt. 6. Wahl von Vertrauenspersonen zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen. Gewählt wurden auf Vorschlag des Amtsvorstandes für die verschiedenen Gemeinden des Amtsbezirks die Herren Gemeindevorsteher, für die Stadtgemeinde Nordenham Ratsherr Warnloh. 7. Verschiedenes. Gegenstand einer längeren Debatte war noch der Antrag des Nordenhamer Stadtmagistrats auf Uebernahme der Kosten für eine etwa notwendig werdende Schranke in der geplanten Hansingstraße nach Großenhül über die Wulfsjäger Bahn. Die Nordenhamer Amtsratsmitglieder sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß diese Angelegenheit nicht mit auf die Tagesordnung gestellt ist und beantragten trotzdem darüber zu beraten und zu beschließen. Vom Vorsitzenden wurde erwidert, der Antrag sei erst am 23. Mai beim Amtsvorstande eingegangen. Die Mehrheit des Amtrats hält die Angelegenheit noch nicht für spruchreif, weil angeblich nicht genügend orientiert, und wird somit der Gegenstand vertagt.

Eine Sitzung des Stadtrats findet statt am Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr beginnend, im Frischlichen Hof mit folgender Tagesordnung: 1. Besuch der Bezugsleiter auf Bewilligung einer Vergütung; 2. Besuch zweier Gesandtschaftsleiter um Gehaltsverhöhung; 3. Besuch um außer-

gewöhnliche Vergütung für Reinken der Schule Nord; 4. Besuch der Gemeindevorsteher um Gehaltsverhöhung; 5. Bewilligung von 320 Mk. zur Bearbeitung des Gemeindefürsorgegesetzes; 6. Statut d. gewerbliche Berufsschule; 7. Gewerbesteuer; 8. Sonstiges. Die Stadtratsitzungen sind öffentlich und können die Gemeindevorsteher als Zuhörer daran teilnehmen.

Wlexen, 29. Mai.

Was dem Gemeinderat. Der Beschluß, den Chausseebau am Einsparer Teich betreffend, wurde auch in zweiter Lesung bestätigt, nachdem der Beschluß ordnungsmäßig ausgelegt hat. Ein Einspruch wurde verworfen. Für Straßenbauten muß die Gemeinde 14000 Mk. anleihen, die in 20 Jahren abzuzahlen sind. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, Verhandlungen einzuleiten. Der Chausseebau würde der Firma Herdörfer u. Hornsen-Einsparen übertragen, die Erarbeiten dem Unternehmer Gullmann-Schneebecker übertragen. Für die Herstellung des Bürgersteiges im Orte Wlexen waren eine Anzahl Einzellosten eingegangen. Den Zuschlag erhielten: für Zementarbeiten, Bordsteine und Klüster E. Böger-Weberich, für Sandlieferung W. Reiners, für Erarbeiten Wams und für Plasterarbeiten Briggemann. Der Bloß um den Seigerturn soll durch Schloßmann befristet werden. Die Ledertüte auf Bahnhof Einsparen wird mit Koppsteinen gepflastert. Am Gemeindevorsteher in Jener nehmen der Gemeindevorsteher und die Beigeordneten teil.

Emden, 29. Mai.

Bauspinner. Der im Jahre 1909 zwischen dem Verein Emden Bauwerksmeister und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarif war am 1. April d. J. abgelaufen. Alle Versuche, einen neuen Tarif abzuschließen, sind bislang gescheitert. Die Unternehmer wollen einen neuen Tarif wohl abschließen, der sich inhaltlich mit dem für das Baugewerbe geltenden Normaltarif deckt, aber der bisherige Stundenlohn sollte auf weitere drei Jahre beibehalten bleiben. Nur der Stundenlohn für Gezellen unter 23 Jahren sollte um 5 Pfg. erhöht werden. Da aber die Löhne bereits seit fünf Jahren auf derselben Höhe sich bewegen, dagegen die Mieten, Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse sich ständig verteuern, so konnten die Gezellen sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, noch auf weitere fünf Jahre mit dem alten Lohn vorlieb zu nehmen, und zu arbeiten daher lieber ohne Tarif weiter. Die etwa nach hier reisenden Kollegen mögen dies berücksichtigen und die hiesigen Klempnermeister nicht mit Arbeitsangeboten belästigen.

Gefangenenverein. Der Einladung, den entlassenen Gefangenen zu neuem Leben zu erwecken, hatten eine so große Anzahl Männer und Frauen entsprochen, daß sofort die Gründung eines geselligen Chores, dem gleich 30 Personen beitreten, vorgenommen wurde. Zu Vorhendem waren gewählt E. Wittmann und H. Wand, zum Kassierer G. Peters, zum Schriftführer J. Blich und zum Wäherwart J. Redeker. Die nächste Lebensstunde findet Mittwoch, präzis 8 1/2 Uhr, im Hotel Bellevue statt. In derselben werden neue Mitglieder gerne aufgenommen.

Hochwasser.

Dienstag, 30. Mai: vormittags 2.20, nachmittags 2.44

ansehen, der nur durch eigene Arbeit zu erlangen ist. 6. Für Schwangere sind Mutterkurse zu errichten, die eine Hygiene der Schwangerschaft geben. 7. Nur durch planvolle Erziehung kann die Mutterschaft aus der Sphäre des Instintives in das Gebiet bewahren nationalen Pflichtgefühls gehoben werden. 8. Nur willende und starke Frauen können die Führung auf dem Gebiete des Sexuallebens übernehmen und den Mann zu sich heranziehen.

In der anschließenden Diskussion trat Frau Nadel aus Hamburg für weibliche Wohnungsspektion ein, die allerdings erst eine Folge des Kommunalwahlrechts der Frauen sein wird. Sie forderte ferner zum Kampfe gegen Alkohol und Schundliteratur auf und zeigte, daß die Ungeeignetheit mancher Mütter für die Erziehung der Kinder an den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen liegt. Die sexuelle Erziehung ist Aufgabe der Mutter mehr als der Schulen. Dr. Bornstein aus Leipzig trat ihren Ansichten vielfach bei und schrieb die Aufgabe der sexuellen Erziehung der Mutter und dem Arzte zu. Ihm pflichtete Pastor Kiehling bei, der die Anerkennung der Jugendvereine forderte, die sich der Erziehung des jungen Menschen zur tätigen Persönlichkeit zur Aufgabe gemacht haben; viel Wert hat nach seiner Ansicht die Vertiefung des Gemeinschaftslebens der beiden Geschlechter, die zu gemeinsamen Vergnügen und zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt werden. Hier wäre ein Gebiet für die Ortsgruppe des Bundes. Alle aber können durch die eigene Behandlung der Dienstboten. Mit kurzen Worten verteidigte dann noch Dr. Chosen seine Ansichten, und auch Fraulein Wisniewska trat nochmals dafür ein, daß die Belehrung der Schule übertragen und dort Mädchen und Knaben gemeinsam erzogen werden.

Vom zweiten Tage geben wir noch das Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. David wieder über Geschlechtsmoral und Rassenverbesserung.

Der Redner ging gleichfalls von dem Grundsatze aus, daß das herrschende Prinzip der Geschlechtsmoral sich auf die Gesunderhaltung und Höherentwicklung der menschlichen Gattung richten muß. Zu diesem Ziele zeigt die Rassenhygiene den Weg sowohl für das Verhalten des Einzelnen, wie für die Maßregeln der Gesellschaft. Von diesem Standpunkte aus sollte die Fortpflanzung organisch minderwertiger Individuen verhindert werden. Die rassenhygienische Forderung, die erblich belastete Personen von der Fortpflanzung auszuschließen will, ist eine Ergänzung der Sozialreform. In ihrer Durchführung ist die ärztliche Untersuchung sowohl des Mannes wie der Frau vor der Eheabschließung notwendig. Die Folge ist durchaus nicht das Eheverbot im Falle einer nachgewiesenen erblichen Krankheit; jedoch liegt alsdann das Kinderverbot im Inter-

esse der Gesellschaft. Wo Förderung der positiven Elemente ist die rationale Gattenwahl aufzustellen, die vom natürlichen Instinkt geleitet, frei von jedem falschen Motiv ist. Nur der körperlich kräftigen Wahlverwandtschaft liegt hierbei die Entscheidung zu. Die Schaffung eines gesunden Sexualideals und Schärfung des Sexualgefühls durch gemeinsame Erziehung beider Geschlechter muß gefördert, für die Möglichkeit des rechten Anknüpfens mühe gelogt und der sexuell feiner empfindenden Frau die Wahl überlassen werden. Ihr richtiger Instinkt wird sie zum rechten Gatten leiten, während sie heute sich dem Beruf widmet, nur weil sie infolge der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen ist. Die moderne Frauenbewegung sucht diesen heute entwerteten Wege zu erschließen, die sie zum natürlichen und Mutterberuf führen. Das kann nur durch Erleichterung der Familienhaltung erreicht werden, wodurch ermöglicht wird. Zu diesem Zwecke sollten die Löhne für den Arbeiterstand höher bemessen werden und an Stelle der Alterszulagen mäßige Alterszulagen treten. Leider gibt heute der Rechtsstand der Frau den Ausschlag, da die ganze wirtschaftliche Leistung auf dem Gelde aufgebaut ist. Nur durch Aufhebung des Erbrechts würde das Ideal der rassenhygienischen Gattenwahl erreicht werden; in der heutigen Gesellschaftsordnung müßte andere Wege zur Reform gesucht werden. Auch nach Schließung der Ehe sind Forderungen zu stellen, um das minderwertige zu verringern und eine Höherentwicklung der Rasse zu ermöglichen. Das geschieht durch die Aderkultur und Gesundheitspflege der Eltern, die auch auf vorübergehende Schwächung ihrer Konstitution zu achten haben. Der Hygiene der Zeugung gegenüber verlag die alte Moral; die neue Ethik stellt hierin gegenüber Forderungen im Interesse der kommenden Generation auf, um eine minderwertige Nachkommenschaft zu verhüten. Dazu stellt sich die Hygiene der Schwangerschaft und die Pflicht der Mutter, ihrem Kinde die natürliche Nahrung zu geben. Diese Pflicht fördert die neue Ethik, die nicht zürück, sondern aufbaut und die höchsten Glückswerte der Familie zu sichern sucht.

In der Diskussion verteidigte Frau Marie Stritt ihre Ansichten über den Zusammenstoß des Rassenhygienismus und der Frauenbewegung und trat den diesbezüglichen Ausführungen des ersten Referenten entgegen, ebenso wie Dr. Bornstein, der als Arzt die Anschauungen des Dr. Schönmeyer zurückwies, während Frau Marie Wegner an den Parlamentsoverhandlungen der letzten Tage die Notwendigkeit des Stimmrechts für die Frau folgte. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende die Versammlung und damit die dritte Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz.

Marie, die Strohflechterin.

Erzählung aus dem Leben des Antonius Freiburg. von H. Griebel. Deutsch von Ferdinand Zbis. (Nachdruck verboten.)

Sie dachte mit von Freude und Zucht gemischter Stimmung an das Wiedersehen, welches der junge Mann ihr vorführen sollte. Wieviel war es nur die Form eines schmerzlichen Grusses! Aber er betonte das Wort Auf Wiedersehen mit einem gewissen Nachdruck der Stimme, begleitet mit einem treuerzigen Blicke. Wenn sie alle diese Umstände in Erwägung zog, war es doch wahrscheinlich, daß er Wort halten würde.

Wie kam es nur, daß sie bisher ihm nur flüchtig bemerkt? — War er doch im Dorfe geboren und aufgewachsen, wenn auch seine Familie aus einem andern Teile des Antonius stammte. Das berechtigte sicher die Frau Gertrude nicht, von fremdem Gemüthe zu sprechen.

Er bewirtschaftete ein kleines Eigentum, das genügte zur Unterhaltung von vier bis fünf Rindern, die im Sommer auf die Bergweide zogen. Seit dem Tode der Eltern lebte er mit seiner Schwester, welche die Wirtschaft leitete, aber in nächster Zeit sich verheiraten wollte, seine beiden älteren Brüder waren schon verheiratet und es hatte jeder sein Heimwehen.

Da sein Bestium Schuldenfrei war, so konnte man ihn wohl, wie man zu sagen pflegt, eine gute Partie nennen; aber die Strohflechterin wagte es kaum sich zu gestehen, daß sie Ursache habe, sich Hoffnungen zu machen, schon deshalb weil alle Wahrscheinlichkeit vorlag, daß der junge Mann sich ihm anderweitig verschrieben hätte. Und doch, sagte sie sich wieder: Warum muß es denn eine andere sein? War es nur die Mütterlichkeit eines armen geplagten Mädchens gegenüber, welche seine Handlungsweise leitete?

Für den Augenblick waren die Brüder des diesen Claudius, des Alexander Colas und des Sohnes der Katharina Blagon verurteilt durch Leo, den Sohn des Peter Berrier, denn so hieß der Verdächtige Mariens.

3. Kapitel.

Einige Tage vergingen, ohne daß sich irgend etwas that, was die beiden jungen Leute näher bringen konnte.

Obgleich Marie zu ihrer Mutter ein unbegrenztes Vertrauen hegte, hielt sie es doch nicht für gut, derselben von ihren letzten Erlebnissen irgend welche Mitteilung zu machen. Denn die arme Witwe schien trauriger als gewöhnlich zu sein.

Die Feldarbeit hatte aber doch das Gute, sie zu zerstreuen.

Es bietet einen besonderen Reiz, so innig mit dieser Mutter Erde verbunden zu sein, die sich für die Pflanze, welche man ihr angedeihen läßt, dankbar und freudig spendend erweist.

Die arme Frau, sie gab sich alle Mühe, ihr Feld der Tochter zu verbergen, und doch mußten weitere, schwärzliche Sorgen über sie gekommen sein, das verriet ihre verworrenen Augen und bleichen Gesichtszüge.

Sie war zärtlicher denn je mit ihrer Tochter, diese mochte aber nicht nach der Ursache der Thränen der Mutter zu fragen. Das junge Mädchen strengte sich vergeblich an, ihr Geheimnis zu errathen; die wunderlichsten Vermuthungen bemühtigten sich ihrer, aber nichts ereignete sich, um dieselben zu befähigen.

Endlich kam der Tag, der sie der Lösung des Räthfels näher bringen sollte.

Die Witwe war nach Balle gegangen, um die Arbeit ihrer Tochter in klangende Ränge auszuwaschen.

Da ein warmer seiner Frühlingsergen fiel, so trug Marie die Blumentöpfe auf den Rasen. Hierauf schloß sie im Tadel des großen hölzernen Rauchfangs, warf noch einen Fuß auf die Straße nach Balle, um zu sehen, ob ihre Mutter schon zurückkomme und machte sich dann wieder ans Strohflechten.

Nun waren einige Minuten verfloßen, seitdem sie die Arbeit wieder angenommen hatte, als die Thür sich plötzlich öffnete. Ein Mann trat ein.

Marie konnte einen Schredensruf nicht zurückhalten, denn der Unbekannte hatte sich der Thür in so leiser Weise genähert, daß sie seine Schritte nicht vernehmen konnte. „Nur halt Blut, Kleine“, rief er mit einem trocknen Lachen hervor, „braucht nicht zu erschrecken, wenn ich auch nicht allzu galant sein kann.“

Mit diesen Worten nahm er einen Stuhl, setzte sich, legte den alten Lurdel, welchen er auf den Schultern trug, zwischen die Füsse wartete, die Hände gekreuzt auf seinen Knien sitzend, darauf, daß das junge Mädchen ihn nach seinem Begehren frage.

„Was wollen Sie hier?“ fragte diese in einem fast erschreckten Tone.

„Nichts, rein nichts,“ antwortete der Unbekannte mit einem häßlichen Lachen, indem er seine langen, weichen, herorstehenden Zähne zeigte.

„So sagen Sie doch, was Sie hier zu schaffen haben?“ fragte Marie von neuem, indem sich ihre Knechtlichkeit erhobte.

„Tu bist recht heißhändig, Kleine, brauchst aber nicht so häufig zu werden, he, he, he!“

„Zum letzten Mal frage ich Sie, was wollen Sie von uns?“ rief das junge Mädchen, indem es sich erhob und zur Thür eilen wollte.

„Was ist das, das geht Deine Mutter und mich an.“ „Wenn Sie ein Freund meiner Mutter sind, so sagen Sie es doch, wenn nicht, so rufe ich um Hilfe.“

„Nicht nötig, keine Rache, nicht nötig, ich bin ja ein Freund Deiner Mutter, he, he, he.“

„Meine Mutter ist nicht zu Hause, sie kann vielleicht noch lange ausbleiben.“

„Werde warten.“

Marie setzte sich wieder und nahm ihre Flechtarbeit auf, ohne jedoch die räthelhafte Person, von welcher sie nur der Tisch trennte, aus den Augen zu lassen.

Es war ein schon bejahrter Mann, aber sein schmutziges Ansehen ließ ihn jedenfalls älter erscheinen, als er wirklich war. Seine Gesichtszüge ließen sich unter dem langen, verwilderten Bart nicht deutlich erkennen. Man sah nur seine kleinen unruhig hin und her tretenden Augen, die dabei unheimlich leuchteten und seine langen weißen Zähne. Sein Anzug war veraltet: Ein alter eingewirkter Hut, ein gestickter und an verschiedenen Stellen zerfetzter Rock, Hosen, die ursprünglich wohl gewesen sein mochten, aber von Schmutz, starrten, plumpe mit Rot bedeckte Schuhe; alles an diesem Menschen bekundete Verwahrlosung und Elend zugleich.

Marie konnte es kaum fassen, daß dieses Individuum mit ihrer Mutter irgend etwas zu schaffen haben dürfte. Sie begriff aber noch viel weniger das freche Aussehen desselben in einem ihm fremden Hause. Da aber die Witwe bald zurückkommen mußte, hielt die Tochter es für geraten, die Räthsel abzumarten, dabei jedoch auf ihrer Hut zu sein. Sie machte sich deshalb um so emfänger über ihre Arbeit her, um gar nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie Furcht habe.

Das Innere auf seinen Stof gestützt, betrachtete sie der Alte still, mit einem häßlichen Grinsen.

„Du bist wirklich ein solches Wäpchen!“ stieß er endlich mit seinem häßlichen Lachen hervor. „Du lästst besser als die Königin Bertha spinnen konnte. Und dabei bist Du gar nicht häßlich. Könnte mich fast in Dich verlieben, wenn ich nicht schon zu alt wäre, he, he, he! Ja, ja, Deine Mutter und Du, Ihr seid wohlhabende Leute. Ein gut Stück Land, ein Haus, reichliche Arme, keine Schulden und wer weiß, was der „Andere“ Euch noch sonst hinterlassen hat, he, he, he!“

„Wenn ich ein Mann wäre, dürften Sie mich nicht länger so ungeliebt beleidigen und verhöhnen!“ rief die Strohflechterin, indem sie einen schnellen Sprung zur Thür machte. „Aber ich werde Sie hinauswerfen lassen.“

„Sie öffnete die Thür, um zu entfliehen. Im selben Augenblick jedoch erschien die Mutter auf der Schwelle.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

Die grünen Studentinnen. In einem Hofsaal der Berliner Universitäts ereignete sich dieser Tage eine Scene,

die bezeichnende Streiflichter auf die Auffassung der weiblichen Studierenden von dem Ernst der Wissenschaft wirft. Der Botaniker Prof. Haberlandt liest in diesem Semester über „Grundzüge der Botanik“, ein Kolleg, das stark besucht ist und auch zahlreiche weibliche Hörer hat. In einer der letzten Vorlesungen besprach nun der Vortrag, selbstverständlich in durchaus sachlicher Form, die Vorgänge bei der Befruchtung der Pflanze. Darauf verließen alle anwesenden Damen ostentativ den Raum. Sie haben dadurch nur dokumentiert, daß sie in ihrer Gesamtheit für ein ernsthaftes botanisches Studium nicht fähig sind, und sie haben mit ihrer albernem Demonstration noch etwas Schlimmeres gethan: nämlich den noch in großer Zahl vorhandenen Gegnern des Frauenstudiums eine Waffe in die Hand gegeben, die sich gegen sie selbst kehren wird. Denn wohin soll es führen, wenn die weiblichen Studierenden versuchen, einen Zwang auf die Dozenten in der Richtung jener Richtigkeiten halten, wie sie in Lektürespensionaten üblich sind! Die Wissenschaft kennt keine Privilegien. Da Botanik vor allen Dingen auch von den Kerzten getrieben werden muß, so muß man annehmen, daß unter den weiblichen Hörern des „anständigen“ Kollegs auch angehende Medizinerinnen gemischt sind. Was werden die erst machen, wenn sie in der Anatomie arbeiten sollen!

Ein neues Serum gegen die Tuberkulose. Dr. Oeig in Wexington hat durch langjähriges Studium ein neues Verfahren zur Bekämpfung der Tuberkulose entdekt, mit dem er, wie mitgeteilt wird, bereits bedeutende Erfolge erzielt haben soll. Das Verfahren besteht in Einbringung eines Serums unter die Haut. Die Zusammenfügung des Serums wird geheim gehalten. Bekannt ist nur, daß auch die Elektrizität in diesem neuen Verfahren ein wichtiger Faktor ist.

Die Folgen eines Duells. In Innsbruck hat sich der Mediziner Graf mit Morphium vergiftet. Er waren bei einem Sabelduell die Schenken des rechten Armes durchgeschlagen worden, so daß der Arm gelähmt wurde. Um Verzugung darüber ging der Unglückliche in den Tod.

Literarisches.

Frankisch-deutsch. Von dem bei P. A. Brodhans in Leipzig eben erschienenen Wörterbuch von Prof. Fischer kann tatsächlich gesagt werden, daß es eine fähbare Waffe ausstellt. Weit überlegen dem sogenannten „Taschen-“ oder „Not-Wörterbüchern“, die durch die fehlende Angabe der verschiedenen Bedeutungen eines Wortes oft irreführen, nähert es sich den doppelt so neuen sogenannten „Schlussgaben“, denen gegenüber es aber viele tote Last über Bord geworfen und hierfür Leinwand neuer nützlicher Wörter aufgenommen hat, die man vergebens in irgendeinem andern Wörterbuche sucht. Nicht nur, daß die jeden Zeitungslerner tagtäglich beschäftigenden Erregungswörter der modernen Zeit, die Volkssprache, der Automatismus, die Amateurphotographie, die Verdrängung gefunden haben, auch alle andern Zweige unserer fortgeschrittenen Gesellschaftslehren, von der beschriebenen Genauigkeit bis zum politischen Gebiete, Elektrochemie, Maschinenbau u. a. sind aufgenommen worden. Ein System überaus praktischer Abzählungen hat Platz geschaffen für dieses weite Feld moderner Ausdrücke. Auch in Bezug auf Aussprache, genaueste Durchführung der neuen Rechtschreibung nach dem „Bücherverleger-Zusatz“, sprachliche Reinheit und Genauigkeit übertrifft das Werk alle bis herigen deutsch-französischen und französisch-deutschen Wörterbücher. Die sorgfältige Bearbeitung und die Aufnahme guter Verbeistellungen auch in dem deutsch-französischen Teile. Die Mitarbeiterschaft von französischen Schulmännern ist dem hübsch ausgestatteten Werke (7 Mk.) sehr dienlich gewesen. Man wird das neue Nachschlagewerk jedem Gebildeten, auch allen unsern Schülern warm empfehlen können.

Eingegangene Schriften:

La Revue Franco-Allemande de Paris, deutsch-französisches Schrift- und Literaturblatt, erscheint halbjährlich zum Preise von vierzig Pfennig 2 Mk., halbjährlich 3,50 Mk. jährlich 6 Mk. Administration: 43, Rue de Trévise, Paris.

Veranstaltungs-Kalender.

Kämpfungen-Wilhelmsbaven. Dienstag den 20. Mai. Verband der Kämpf. Abends 8 Uhr bei Hofmehland. Braut. Arbeiter-Zumverein. Abends 9 Uhr bei G. Jansen.

Hundeverkauf
am Dienstag, mittags 12 1/2 Uhr, an dem Rathshaus an der Wilhelmshavener Straße.
Stadtmagistrat Kämpfungen.

Bauplätze
500 Meter vom Bahnhof Dangastermoor und am Bulch, billig abzugeben durch den Besitzer
Joh. Gordes, Langendamms bei Barel.

Erste Gelder.
Ich habe im Antrage einer sehr guten Hypothekendarlei Gelder zu belegen bis zu 60 Prozent.
Währes: Gerhard Eden in Kämpfungen I, Bödenstraße 35.

Zu verkaufen
aus seinen Häusern angekauft geringere, gutbehaltene Herren- und Damen-Sommerkleider.
Frau Pignat, Wilhelmshaven, Alte Straße 21.

Immobil-Verkauf.
Die Firma H. Hofmisch zu Burgsteinfurt beauftragt uns, ihr hier selbst, Peterstraße 14, vis-à-vis dem Großherzoglichen Amt und Amtsgericht, belegenes

Immobil
zum beliebigen Antritt zu verkaufen. In dem Hause wird augenblicklich eine alkoholfreie

Wirtschaft
mit gutem Erfolge betrieben und öftens diese Lokalitäten als Logen-heim für mehrere Gutmisler-Logen. Es enthält außerdem 10 dreizimmerige Wohnungen, welche z. 3. größtenteils als feststehende benutzt werden. Reflektanten bitten wir, sich gefl. mit uns in Verbindung setzen zu wollen und sind wir zu jeder Auskunft gerne bereit.

Haderl & Wilken,
Rechnungssteller u. Auktionsgeschäft, Kämpfungen. Fernruf 165.

Suche sofort tüchtig. Wochenschneider.
Wochenlohn 40 Mark. Dauernde Stellung.
Otto Becker
Wilhelmshav. Straße 56.

Gesucht auf sofort ein Stellmacher-Geselle.
G. Platz, Wilhelmshaven, Bismarckstraße 68.

Zwei tüchtige Dachdecker-Gesellen
können noch eingestellt werden bei Dachdeckermeister Thiemann, Kämpfungen.

Gesucht mehrere Bauarbeiter.
Joh. Jovens, Baugeschäft, Friederichstraße 70.

Gesucht
für einige Tages- bzw. Abendstunden eine tüchtige Kraft zur Führung der Geschäftsbücher. Angebote wollen man unter H. V. 16 in der Exped. d. Blattes abgeben.

Tischlerlehrling gesucht.
E. Harms, Wilhelmsh. Straße 27.

Gesucht auf sofort ein tüchtiger schulfreier Laufbursche.
W. Jansen, Peterstr. 4.

Gesucht auf sofort ein junger Mann für Kellerarbeiten und eine Flaschenpflückerin.
Friedr. Steinbach, Vertreter der Union-Bräuererei — Zedlitzstraße 41.

Gesucht auf sofort ein tüchtiges junges Mädchen zur Stütze der Hausfrau.
Frau Frig Buchting, Bockhorn I. D.

Gesucht
wegen Verheiratung des seligen zum 1. Juni ein ordentliches Mädchen für den Nachmittag.
Hinrichs, Wilhelmshaven, Vullenstraße 22, II.

Gesucht auf sofort
für die Nachmittagsstunden ein junges ordentliches Mädchen für zwei Kinder zum Ausgehen.
Marktstraße 6, part.

Gesucht auf sofort
ein junges Mädchen für die Nachmittagsstunden.
Wilhelmsh. Straße 47, part.

Mädchen für den Bor- mittag gesucht
Wilhelmsh., kurze Straße 19, I.

Ginswarden.
Zu vermieten zum 1. Juli cr. eine dreizimmerige Wohnung mit Balkon, Speisekammer u. Stall.
Mutschke.

Leere Stube zu vermieten.
Schillerstraße 15, I. Etage.

Freundl. möbl. Zimmer
zu vermieten. Mischelstraße 35, II r.

Gesucht Haus mit oder ohne Geschäft, gleich welcher Branche, in kleinerer Stadt oder auch auf dem Lande, größerer oder kleinerer Landwirtschaft nicht ausgeschlossen.
Paul Mollé, Bremen, Erlenstr. 32.

Guterhalt. Herrenrad zu verkaufen.
Mischelstraße 38, III l.

